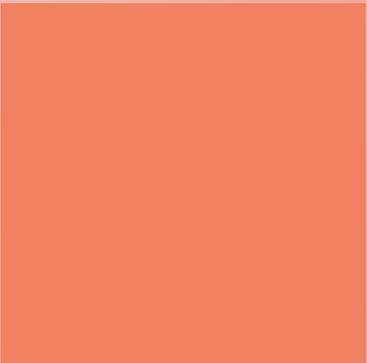
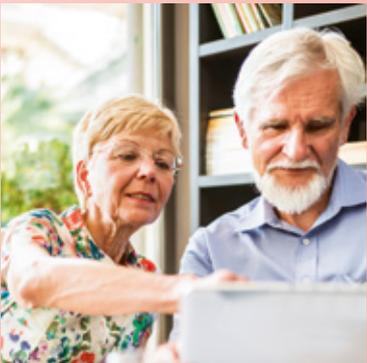


Älter sein und älter werden in der Kommune

Eine Handreichung
für die kommunale Praxis



Mit den **Texten der KommunalAkademie** erhalten kommunalpolitisch Aktive und bürgerschaftlich Engagierte Handlungshilfen von Praktikern für die lokale Arbeit. In jedem Band werden Grundlageninformationen, fachliche Texte und praktische Anleitungen zu einem hilfreichen Arbeitsbuch vereint. Einen Überblick über sämtliche Titel der Reihe finden Sie unter **www.fes-kommunalakademie.de**.

Älter sein und älter werden in der Kommune

Eine Handreichung
für die kommunale Praxis

Gunnar Schwarting



© 2016 Friedrich-Ebert-Stiftung

ISBN: 978-3-95861-379-9

Erstdruck: Februar 2016

Herausgeber: Friedrich-Ebert-Stiftung
Abteilung Politische Akademie
KommunalAkademie
Godesberger Allee 149
53175 Bonn

Redaktion: Dr. Markus Trömmel

Lektorat: Dr. Andrea Görldt, klare-woorte.com

Fotos: alwayshappy (photocase.de); franckreporter, Michael Lührenberg,
Steve Debenport (alle istockphoto.com); am; contrastwerkstatt;
RioPatuca Images, zkiland, goodluz, Jörg Lantelme, Sir_Oliver,
Boggy, dglimages, Robert Kneschke (alle fotolia.com);
dpa Picture Alliance; Friedrich-Ebert-Stiftung; highleifphotography

Gestaltung: Pellens Kommunikationsdesign GmbH, Bonn

Druck: Brandt GmbH Druckerei und Verlag, Bonn

Schutzgebühr 5 Euro

Eine gewerbliche Nutzung der von der FES herausgegebenen Medien ist
ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Inhalt

Vorwort des Herausgebers.....	7
Vorwort des Autors.....	9
Grundlagen	
Kapitel 1	
Einführung – Demografischer Wandel als kommunalpolitische Herausforderung	11
Kapitel 2	
Daten und Informationen – Wie „alt“ ist meine Kommune?	17
Kapitel 3	
Differenzierungen – Vielfalt der Lebensstile	25
Kapitel 4	
Politik für Ältere und mit Älteren.....	35
Kapitel 5	
Ältere als Bereicherung – Potenziale für das Ehrenamt.....	43
Handlungsfelder	
Kapitel 6	
Wohnen – Stimmt das persönliche Umfeld?	49
Kapitel 7	
Mobilität – Teilhabe am gesellschaftlichen Leben.....	57
Kapitel 8	
Versorgung – Wo finde ich ...?	63
Kapitel 9	
Gesundheit – Auch im Alter fit sein und bleiben.....	73
Kapitel 10	
Handlungsempfehlungen – Politik für ein selbstbestimmtes Leben im Alter	79
Anhang	82
Der Autor	83

Vorwort des Herausgebers

Der demografische Wandel ist Realität in unseren Kommunen. Dabei betrifft der wachsende Anteil älterer Menschen nahezu jede Kommune im Land. Dies ist eine große Herausforderung für die Kommunalpolitik und die kommunale Infrastruktur. Zugleich ist es aber auch eine gute Chance für neue Formen des Zusammenlebens vor Ort. Dabei sollte jeder Akteur bedenken, dass er eines Tages auch zur Gruppe der Älteren zählen wird. Die Auseinandersetzung mit Demografie ist in diesem Sinne auch eine Auseinandersetzung mit der eigenen Lebensperspektive.

In der Kommune fokussieren sich die Lebensbedingungen älterer Menschen, auch wenn die Kommune vielfach gar nicht selbst über einzelne Handlungsfelder bestimmt. Die Menschen erwarten jedoch, dass sich „ihre Kommune“ kümmert. An diesem Prozess sollten die Älteren allerdings auch durchaus selbst mitwirken und mitgestalten. Für die kommunalen Akteure gilt es dabei stets, die Vielschichtigkeit der Thematik und die Differenziertheit der Gruppe der Älteren im Blick zu behalten. Darüber hinaus darf die Dynamik nicht übersehen werden; denn die Älteren von übermorgen sind die Jungen von heute.

Die in der vorliegenden Broschüre genannten Beispiele sind nur ein kleiner Ausschnitt aus dem, was heute bereits in den Kommunen geleistet wird. Sie sollen zeigen, dass viele Kommunen sich auf den Weg gemacht haben, um den demografischen Wandel aktiv zu begleiten. Dazu sind nicht nur organisatorische Voraussetzungen nötig. Vielmehr sind Kreativität und die Bereitschaft, immer wieder von anderen zu lernen, gefragt. Dazu soll dieser Band einen Beitrag leisten.



Dr. Markus Trömmer
Leiter der KommunalAkademie
der Friedrich-Ebert-Stiftung

Vorwort des Autors

Ältere Menschen gehören seit jeher zur örtlichen Gemeinschaft. Sie bringen ihre Erfahrungen ein, sind aber umgekehrt auch auf die Hilfe der Jüngeren angewiesen. Eine wichtige Aufgabe der Kommunalpolitik besteht darin, zu erkennen, was notwendig ist und wie der Bedarf befriedigt werden kann, damit ältere Menschen so lange wie möglich selbstbestimmt am örtlichen Geschehen teilhaben können. Denn vor allem auf der lokalen Ebene entscheidet sich, wie ältere Menschen leben können. Dabei ist die Kommune selbst nur ein Akteur unter vielen – Verbände, Vereine, Initiativen und nicht zuletzt die Älteren selbst sind Teil eines umfassenden Netzwerks. Doch die Kommune darf sich nicht auf ihr eigenes Handlungsfeld allein konzentrieren. Kommunalpolitik muss die Gesamtheit der Lebensbedingungen älterer Menschen im Blick haben.

„Kommunen sind sensible Antennen der demografischen Veränderungen. Sie bekommen die Alterung früher und stärker zu spüren als die Bundesländer oder die ganze Republik, wo sich lokale Unterschiede statistisch nivellieren.“

Quelle: Berlin-Institut, Stadt für alle Lebensalter, Berlin November 2014, S. 8

Die Thematik ist ungeheuer vielfältig – sie lässt sich in ihrer ganzen Breite in einer Broschüre gar nicht abhandeln. Vielmehr geht es darum, zum Nachdenken anzuregen, Diskussionsprozesse zu befördern und den Gedankenaustausch mit anderen zu intensivieren. Oft wird es so sein, dass dabei auch die ganz persönliche Situation, zum Beispiel in der Familie, eine Rolle spielt. Die hier genannten Beispiele sind daher auch nur ein kleiner Ausschnitt aus der Fülle der Initiativen in der kommunalen Praxis.

Im Vordergrund stehen die zentralen Themenfelder Wohnen, Versorgung, Mobilität und Gesundheit sowie Freizeit. Als Einstieg erscheint es sinnvoll, nach

einem Blick auf die Statistik die Vielfalt der Lebensformen und -situationen älterer Menschen zu betrachten. Wichtig ist weiterhin, die Beteiligung Älterer am Leben in der Gemeinde und bei der Gestaltung ihrer Lebensumwelt zu erörtern. Den Abschluss bildet ein kurzer Blick auf Veränderungen, die sich möglicherweise für das Verwaltungshandeln ergeben.

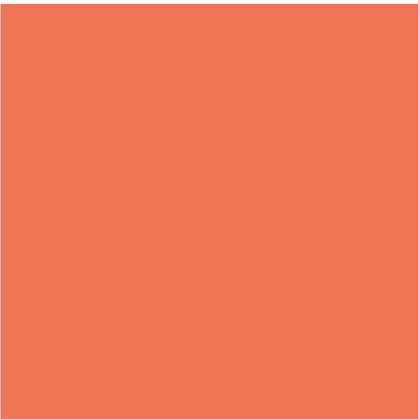
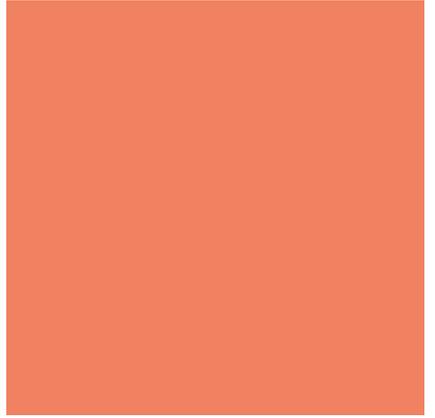
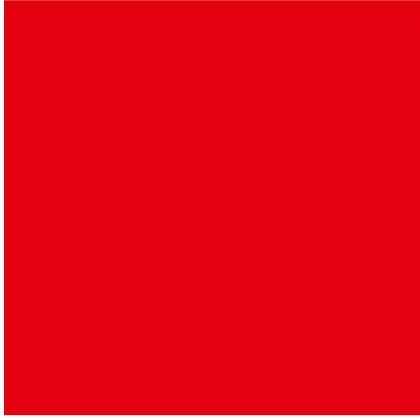
Diese Ausarbeitung verdankt, abgesehen von der Beschäftigung mit der Thematik im rheinland-pfälzischen Städtetag, viel

- den Diskussionen im Bauforum Rheinland-Pfalz sowie im Bündnis für eine soziale Stadtentwicklung in Rheinland-Pfalz,
- den Beratungen in der KGSt-Lenkungsgruppe „Management des demografischen Wandels“,
- der Mitwirkung in der Regionalstrategie Demografischer Wandel in der Metropolregion Rhein-Neckar,
- der Teilnahme als Gast im Landesvorstand Rheinland-Pfalz des Verbandes Deutscher Verkehrsunternehmen,
- den Studierenden meiner Veranstaltungen zum Demografischen Wandel im Sommersemester 2010 sowie im Wintersemester 2011/2012 an der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer.

Der Verfasser dankt zudem zahlreichen Kollegen aus der Wohnungswirtschaft, mit denen er viele Aspekte erörtern konnte, ebenso den Interviewpartnern Susanne Tatje, Alfred Böhmer, Christof Henn und Cay Süberkrüb. Schließlich gilt mein Dank meiner Frau, Dr. Stefanie Weimer-Schwarting, die mir für die Konzeption und die inhaltliche Ausgestaltung viele wertvolle Hinweise gegeben hat. Selbstverständlich bleibt der Verfasser für alle Fehler und Unzulänglichkeiten allein verantwortlich.

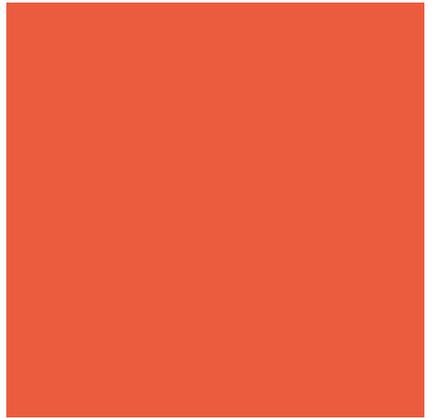
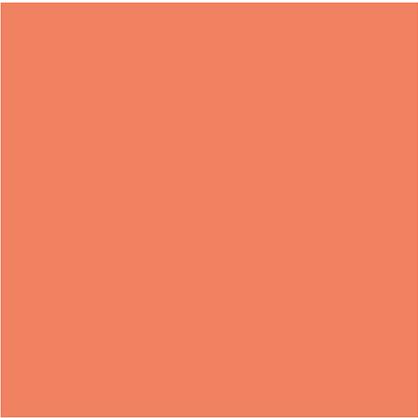
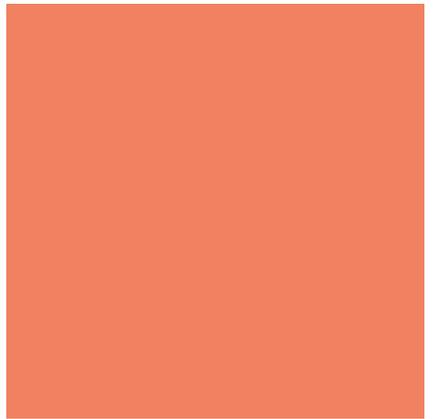
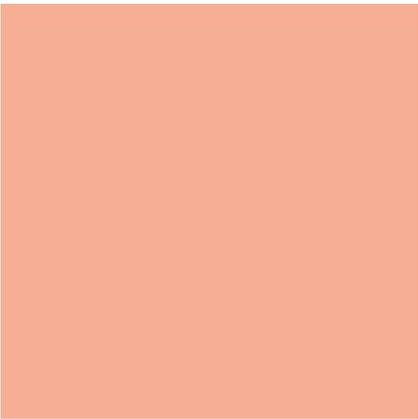
Mainz, im Oktober 2015
Prof. Dr. Gunnar Schwarting





Einführung

Demografischer Wandel
als kommunalpolitische
Herausforderung





Einführung: Demografischer Wandel als kommunalpolitische Herausforderung?

Im April 2015 wurde die 13. Koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes veröffentlicht. Sie reicht bis 2060 und unterstreicht eine schon seit Längerem bekannte Entwicklung: Unsere Gesellschaft wird älter. Selbstverständlich hängt das Ausmaß von einer Reihe von Annahmen wie der Geburtenrate, der Lebenserwartung oder der Zuwanderung ab. An dem generellen Trend ändert sich aber nichts. Der Anteil der Menschen mit höherem und höchstem Alter wird zunehmen. Waren 1950 lediglich zehn Prozent der Bevölkerung älter als 65 Jahre, so sind es 60 Jahre später bereits mehr als 20 Prozent. Bis 2060 wird sich ihr Anteil auf über 30 Prozent erhöhen. Das heißt, nahezu jeder Dritte in Deutschland zählt dann zur älteren Generation.

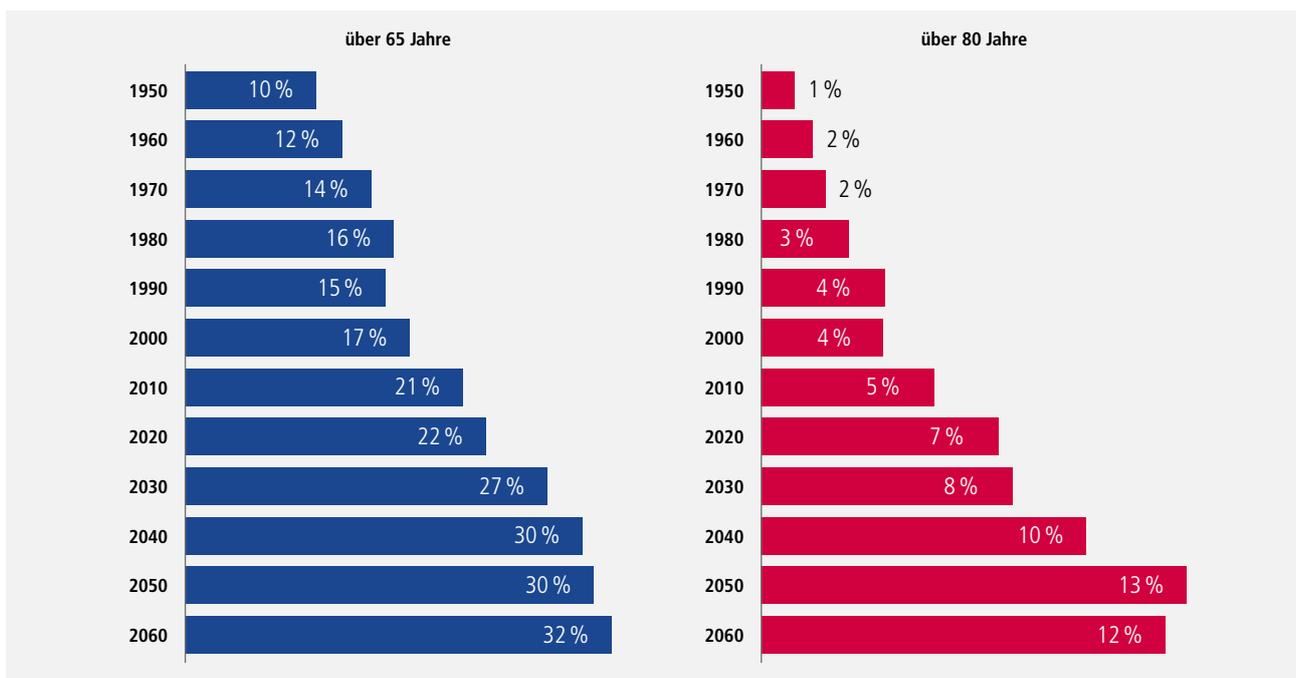
Diese Entwicklung ist nichts Abstraktes; sie betrifft das Leben und Zusammenleben in den Kommunen in vielfältiger Weise. Denn mit zunehmendem Alter wird das unmittelbare Umfeld für die Lebenssituation immer

wichtiger. Kommunalpolitik muss sich bewusst sein, wie sich damit die Bedürfnisse in der Bevölkerung ändern. Dabei gilt es, die Balance zwischen den unterschiedlichen Präferenzen der einzelnen Altersgruppen zu wahren. Die Fokussierung allein auf das Kriterium einer Seniorengerechtigkeit würde der Vielfalt in unseren Kommunen nicht gerecht (siehe Interview S. 15).

Ein Problem besteht allerdings darin, dass sich viele Menschen mit der eigenen Alterung nicht oder nur sehr spät auseinandersetzen. Eine gezielte „Vorbereitung auf den Ruhestand“ mit den dann zu erwartenden Bedürfnissen findet nicht durchgängig statt. Auch von daher ist es zweckmäßig, das Thema „Altern“ in der Kommune offen zu kommunizieren. Denn schließlich sind es die Älteren selbst, die ihre Lebenssituation gestalten wollen und sollen.

Viele Themen liegen nicht in der Entscheidungshoheit der kommunalen Selbstverwaltung. Die wirtschaftli-

Schaubild 1: Anteil der über 65- und über 80-Jährigen an der Gesamtbevölkerung, 1950–2060*



* ab 2020: Ergebnisse der 13. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung (Variante 2); Prozentangaben jeweils gerundet.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen: BIB.

che Situation Älterer wird vornehmlich durch die Erwerbsbiografie, das Rentensystem und gegebenenfalls durch eine private Altersvorsorge bestimmt. Der kommunale Haushalt wird dadurch jedoch auf der Ertragsseite und bei der Bereitstellung bestimmter Leistungen tangiert. Die Versorgung mit privaten Dienstleistungen ist das Ergebnis von Marktprozessen; aber die Kommune kann Anstrengungen unternehmen, Lücken mit eigenen Initiativen zu füllen. Die Gesundheitssituation Älterer ist abgesehen von persönlichen Faktoren auch vom Grad der medizinischen Versorgung abhängig. Diese wird zwar nicht von der Kommune bereitgestellt, aber sie kann ergänzende Dienste anbieten, um die Lebenssituation ihrer älteren Bevölkerung zu unterstützen. Denn: **Die Menschen wollen bis ins hohe Alter ein selbstbestimmtes Leben in ihrer vertrauten Umgebung führen.**

Das kann die Kommune – genauer: die Kommunalverwaltung – allein nicht leisten. Vermutlich ist das auch gar nicht erstrebenswert. Denn selbstbestimmtes Leben bedeutet Eigeninitiative und nicht reine Entgegennahme von Leistungen Dritter. Ältere Menschen wollen – soweit möglich – am gesellschaftlichen Leben teilhaben. Hinzu kommt: Für das Miteinander sind auch die örtliche Gemeinschaft, die Nachbarschaft sowie das ehrenamtliche Engagement von hoher Bedeutung. Viele Aufgaben können Ältere auch unter- und miteinander erledigen. Denn es gilt: **Die Älteren sind keine homogene Gruppe, sondern zeichnen sich durch eine enorme Vielfalt aus.** Auch wenn im Folgenden öfter generalisierende Aussagen getätigt werden, gilt es, vor Ort diese Vielfalt stets zu berücksichtigen.

Schließlich ist bei einem Blick in die Zukunft stets zu bedenken, dass sich Einstellungen und Wünsche der Menschen, gesellschaftliche Herausforderungen und

Aktionsmöglichkeiten verändern können. **So werden die heute 50-Jährigen 2030 die Generation 65+** sein. Ihre Erfahrungen, aber auch ihre Fähigkeiten werden sich von denen der heute Älteren unterscheiden. Die Herausforderungen für die Kommunalpolitik 2030, aber auch ihre Antworten werden daher mit großer Wahrscheinlichkeit andere sein als jene des Jahres 2015. Hinzu kommt, dass im Zeitablauf technologische Möglichkeiten entwickelt werden, die ganz neue Formen der Problembewältigung enthalten können.

Dass der demografische Wandel insgesamt die **Kommunalfinanzen** berührt, ist mittlerweile unbestritten. Von der Finanzausstattung der Kommunen hängen ihre Möglichkeiten, aktiv auf die demografischen Herausforderungen zu reagieren, in besonderem Maße ab. Dabei steht vor allem der Rückgang der Einwohnerzahlen im Vordergrund, der zu einer Verringerung der kommunalen Finanzierungsbasis und zu höheren Kosten für nicht ausgelastete kommunale Einrichtungen führen könnte. Die Auswirkungen von Veränderungen der Bevölkerungsstruktur werden demgegenüber in der Wissenschaft als weniger gravierend eingeschätzt.

Allerdings wird die Infrastruktur an veränderte Bedarfe anzupassen sein. So werden manche Schulgebäude oder Kindertagesstätten künftig nicht mehr benötigt. Andererseits ist vermutlich mehr in Nahverkehrssysteme zu investieren, können Hilfen für die Umrüstung von Wohngebäuden erforderlich werden oder sind Verkehrsräume für die Bedürfnisse einer älteren Bevölkerung umzurüsten. Ob dieser Übergang in allen Kommunen reibungslos, vor allem aber **fiskalisch neutral** erfolgen kann, lässt sich nur schwer prognostizieren und von den Belastungen aufgrund eines allgemeinen Bevölkerungsrückgangs nur schwer trennen.

„Weil die potentiellen Einnahmenverluste zu einem großen Teil durch Schlüsselzuweisungen nach der mangelnden Steuerkraft aufgefangen werden, hat auch die mit der Alterung einhergehende Verschiebung weg von Erwerbstätigen hin zu Rentnern nur geringe Auswirkungen. Die Veränderung der Altersstruktur dürfte für die Länder und Gemeinden daher keine nennenswerten fiskalischen Anpassungsprobleme hervorrufen.“

Quelle: Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium der Finanzen, Finanzpolitische Herausforderungen des demografischen Wandels im föderativen System, April 2013, S. 12

3 Fragen an Landrat Cay Süberkrüb (Landkreis Recklinghausen)

1. Gibt es eine eigene Demografiestrategie des Kreises?

Die kurze Antwort lautet: Nein. Die längere: Der Landkreis Recklinghausen unterscheidet sich grundsätzlich von fast allen anderen deutschen Landkreisen. Er besteht aus zehn Städten mit Einwohnerzahlen zwischen 30.000 und 115.000, die 1975 eingekreiste Großstadt Recklinghausen ist Sitz der Kreisverwaltung. Die Städte waren und sind in sehr vielen Bereichen eigenständig. So gibt es beispielsweise bei der Kreisverwaltung kein Jugend-, Kultur- oder Sportamt. Für vier kleinere Städte übernimmt der Kreis als Ausländer- und Ordnungsamt Teilaufgaben. Die sehr auf ihre Eigenständigkeit bedachten kreisangehörigen Städte unterscheiden sich zudem strukturell recht stark voneinander und sind unterschiedlich stark vom Strukturwandel betroffen. Eine Demografiestrategie „aus einem Guss“ für den gesamten Kreis ist daher weder analytisch noch konzeptionell vorstellbar – geschweige denn politisch durchsetzbar. Der Kreis hat in einem Anfang 2015 veröffentlichten „Demografiebericht“ die demografische Entwicklung in den Städten dargestellt und Ansatzpunkte zur Entwicklung stadtbezogener Demografiekonzepte aufgezeigt.

2. Wie sieht die Abstimmung hierzu mit den kreisangehörigen Städten und Gemeinden aus?

Auf abstrakter Ebene befasst sich im Kreis ein „Arbeitskreis Demografie“ seit Oktober 2009 insbesondere mit dem Demografiemonitoring, das auf der Homepage des Kreises auch der Öffentlichkeit zur Verfügung steht. Außerdem dient der Arbeitskreis dem Austausch von Erfahrungen und der gelegentlichen Organisation von Fachveranstaltungen bzw. der Vorbereitung von kleineren Publikationen. Beispiele hierfür sind die „Fachveranstaltung Wohnen“ 03/12 oder die „Arbeitshilfe Quartiersmanagement“ 06/2015.



Auf operativer Ebene arbeiten die Verantwortlichen insbesondere im Bereich der Seniorenpolitik daran, dem Prinzip „ambulant vor stationär“ in der Altenpflege Vorrang zu verschaffen. Aufgrund der gesetzlichen Änderungen im Alten- und Pflegebereich entwickelt der Kreis gerade gemeinsam mit den Städten einen neuen Pflegebedarfsplan.

3. Macht der Kreis eigene Angebote für ältere Menschen in seinem Gebiet?

Der Kreis finanziert und koordiniert die Beratungs- und Infocenter Pflege (BIP) in den zehn Städten des Kreises und bietet selbst Beratungen an. Die BIP-Stellen beraten Senioren, Pflegebedürftige und deren Angehörige rund um das Thema Pflege.

Darüber hinaus finanziert der Kreis in den Städten die komplementären Dienste über das „Netzwerk soziale Beratung und Unterstützung im Alter für ein Leben zu Hause“. Angebote des Netzwerks fördert der Kreis bereits seit 2002. Mit dieser Förderkonzeption soll eine qualitativ gute und altersgerechte Versorgung der Bürgerinnen und Bürger in der eigenen Wohnung sichergestellt werden, vor allem soll sie aber auch vorzeitige Heimaufnahmen verhindern oder zumindest verzögern, entsprechend des Grundsatzes „ambulant“ vor „stationär“.

Die Fragen stellte Gunnar Schwarting.





2

Daten und Informationen –
Wie „alt“ ist meine Kommune?

Daten und Informationen – Wie „alt“ ist meine Kommune?

Das Medianalter

Für die Kommunalpolitik ist es wichtig, sich zunächst einen Überblick über die demografische Situation der eigenen Kommune zu verschaffen, um Politikfelder und Aktionsmöglichkeiten bestimmen zu können. Dabei stehen drei Fragen im Mittelpunkt

1. Wie „alt“ ist meine Kommune heute?
2. Wie sieht die **Altersstruktur** in meiner Kommune **heute** aus?
3. Wie wird sich meine Kommune **zukünftig** demografisch verändern?

Die grundsätzliche Frage „Wie alt ist meine Kommune heute?“ lässt sich am einfachsten mit dem sogenannten **Medianalter** bestimmen:

„Das Medianalter (auch Zentralwert) bezeichnet das Lebensalter, das die Grenze zwischen zwei gleich großen Gruppen bildet: 50 % der Bevölkerung sind jünger, und 50 % sind älter als dieser Wert. Im Gegensatz zum Durchschnittsalter werden Verzerrungen durch Extremwerte vermieden. Gibt einen Hinweis auf den Fortschritt des Alterungsprozesses der Bevölkerung.“

Quelle: www.wegweiser-kommune.de (Indikatorenerläuterung)

ziemlich schnell gestiegen ist. Daraus lässt sich eine sehr grobe Faustformel ableiten: Ist das Medianalter in der eigenen Kommune niedriger als 40 Jahre, kann sie als vergleichsweise „jung“ bezeichnet werden.

Zu den jungen Kommunen zählen zum Beispiel Universitätsstädte mittlerer Größe wie Gießen, Tübingen oder Jena. Umgekehrt ist eine Kommune mit einem Medianalter über 50 Jahren vergleichsweise „alt“. Dazu zählen zum einen Kommunen, die hohe Bevölkerungsrückgänge zu verzeichnen haben, da zumeist jüngere Altersgruppen fortziehen. Zum anderen gibt es seit jeher aber auch traditionelle „Altersruhesitze“.

Eine Wertung ist mit dieser Einstufung nicht verbunden – sie zeigt lediglich, welche Bedeutung einzelne Handlungsfelder für die Kommune besitzen.

„Wenn wir Älterwerden nicht nur als ‚Krankheitsfall‘ und ‚Schwäche‘ definieren, kann das sogar positive Auswirkungen auf manche Kommunen haben. Schließlich sind die Älteren auch öfters kaufkraftstark, und sie ziehen gerne in die Natur, aber nur, wenn die Infrastruktur stimmt. Ältere sind heute viel fitter als früher, und deshalb ist ein höheres Median-Alter in einer Gemeinde nicht unbedingt von Nachteil.“

Quelle: Interview mit Matthias Horx in: Kommunal, Ausgabe 5/2015, S. 55

Bezugspunkt ist dabei Deutschland, dessen Bevölkerung derzeit ein Medianalter von etwa 45 Jahren aufweist (Schaubild 2), das in den letzten Jahren allerdings

Der Wert des Medianalters dürfte in fast allen Kommunen steigen, allerdings mit unterschiedlicher Geschwindigkeit: Die Alterung der Kommunen in Deutsch-

Schaubild 2



Quelle: Eigene Darstellung.

Schaubild 3: **Medienalter nach Bundesländern**

Land	2013	2030	in Jahren
Baden-Württemberg	44,4	47,4	+3,0
Bayern	44,6	47,3	+2,9
Brandenburg	49,1	53,0	+3,9
Hessen	45,0	47,3	+2,3
Mecklenburg-Vorpommern	49,0	52,6	+3,6
Niedersachsen	45,9	49,2	+3,3
Nordrhein-Westfalen	45,4	47,4	+2,0
Rheinland-Pfalz	46,2	49,5	+3,3
Saarland	48,1	50,9	+2,8
Sachsen	48,7	50,2	+1,5
Sachsen-Anhalt	49,3	53,0	+3,7
Schleswig-Holstein	46,5	49,7	+3,2
Thüringen	49,0	52,2	+3,2

Quelle: Eigene Darstellung; www.wegweiser-kommune.de.

land erfolgt keineswegs gradlinig. Dies zeigt bereits ein Blick auf die einzelnen Länder (Schaubild 3). Tendenziell sind die neuen Länder „älter“, aber – das zeigt die Prognose gerade für Sachsen – nicht alle altern auch schneller als die Länder des früheren Bundesgebietes.

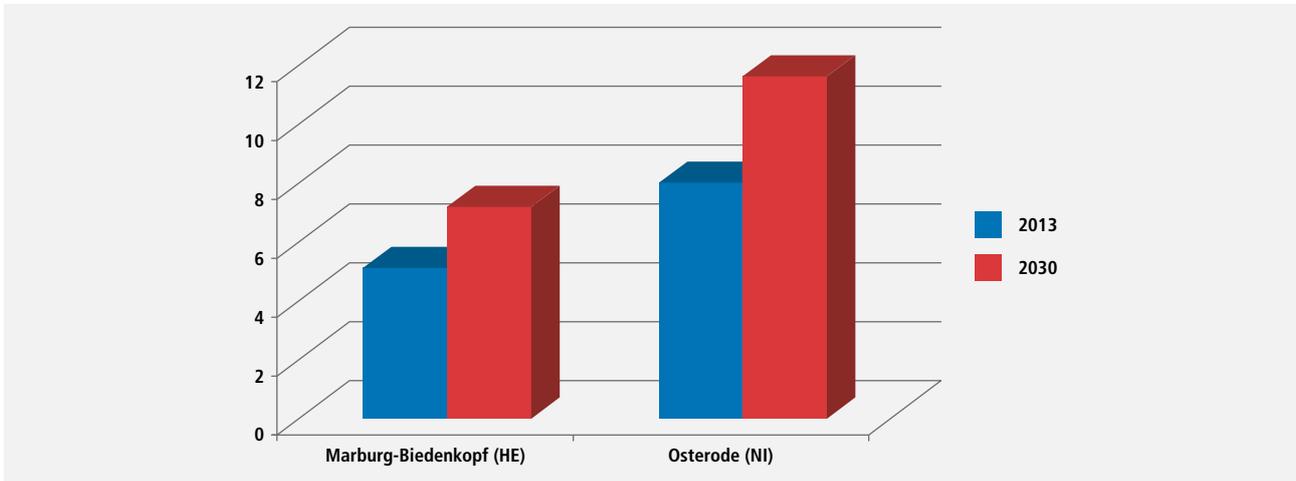
Die Altersstruktur

Die zweite Frage bezieht sich auf den Anteil der Älteren in der Kommune. Dazu werden üblicherweise alle Menschen gezählt, die 65 Jahre und älter sind. Heute wird aber innerhalb dieser Gruppe noch einmal differenziert: Zu den „Hochbetagten“ zählt jeder, der das 80. Lebensjahr überschritten hat. Die Differenzierung

wird mit der Vermutung begründet, dass die Wahrscheinlichkeit körperlicher oder geistiger Einschränkungen ab dem 80. Lebensjahr zunimmt. Daraus wird ein höherer Bedarf an öffentlichen bzw. ehrenamtlichen Angeboten abgeleitet. Ob diese Grenzziehung auch 2030 oder gar 2060 noch richtig ist, muss allerdings offen bleiben.

Auch für den Anteil der Altersgruppe der Hochbetagten zeigen sich große Unterschiede in Deutschland (Schaubild 4). Das sei an zwei Landkreisen gezeigt: Der Anteil hochbetagter Menschen ist im Landkreis Osterode bereits heute höher als er für den Kreis Marburg-Biedenkopf für 2030 prognostiziert wird.

Schaubild 4: **Der Anteil Hochbetagter in zwei westdeutschen Landkreisen**



Quelle: Eigene Darstellung; www.wegweiser-kommune.de.

Die Wanderung als wichtigster Veränderungsfaktor

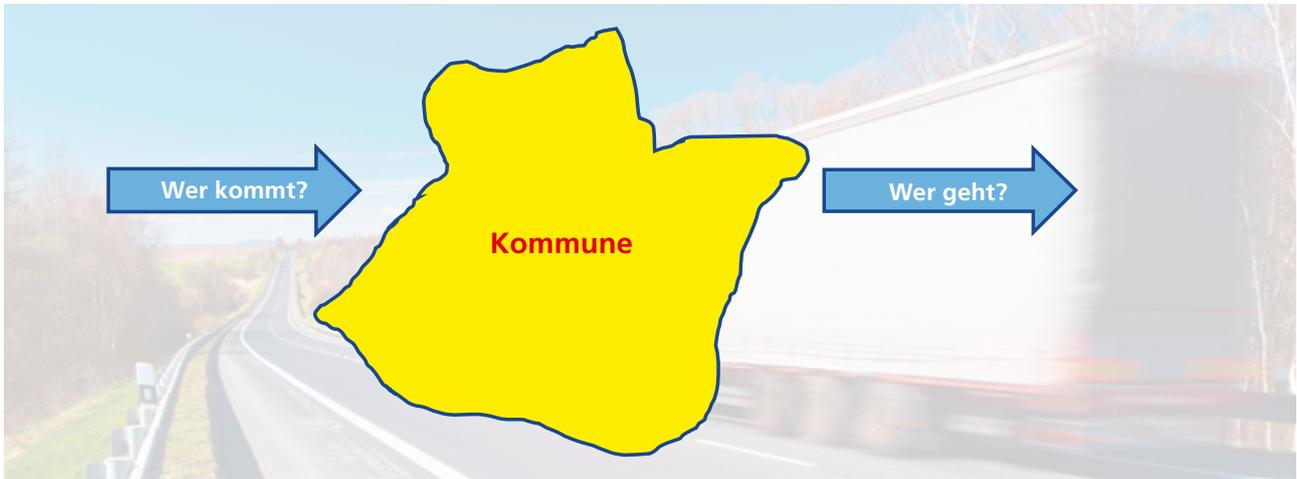
Gäbe es keine Wanderungsbewegungen, könnten das Alter und die Altersstruktur einer Kommune ziemlich präzise prognostiziert werden, denn die Lebenserwartung der Menschen oder die Geburtenrate ändern sich nicht abrupt. Tatsächlich aber gibt es diese Situation nicht, denn Menschen ändern – aus welchen Gründen auch immer – ihren Wohnort. Dabei ist davon auszugehen, dass sie dies in jüngeren Jahren häufiger, im hohen Alter eher selten tun. **Wanderungsbewegungen** haben insoweit einen erheblichen Einfluss auf die demografische Entwicklung einer Gemeinde (Schaubild 5).

Doch Wanderungen sind nur schwer zu prognostizieren. War es lange Zeit vor allem der Umzug aus der Stadt in das (nähere) Umland, so ist heute tendenziell ein Wanderungsgewinn in den größeren, vor allem in den großen Städten zu beobachten. Auch regional gibt es beträchtliche Unterschiede. Wachsenden Kommunen stehen schrumpfende gegenüber, ohne dass dieser Trend auf die nächsten Jahrzehnte hochgerechnet werden kann. Insofern sind Prognosen über die künftige demografische Situation in den Kommunen mit erheblichen Unsicherheiten behaftet. Dies gilt umso mehr, je kleiner die betrachtete Einheit, zum Beispiel ein Dorf oder ein Stadtquartier, ist.

„Eine Alterung im Zuge des demographischen Wandels erfahren alle Städte und Gemeinden; jedoch vollzieht sie sich in unterschiedlichem Tempo. In schrumpfenden Städten und Gemeinden steigt der Anteil der älteren Bevölkerung proportional stärker als in wachsenden.“

Quelle: Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung, *Wachsen oder schrumpfen?*, BBSR-Analysen KOMPAKT, 12/2015, S. 13

Schaubild 5: **Wanderung als wichtiger Faktor des demografischen Wandels**



Quelle: Eigene Darstellung.

Wanderungsbewegungen betreffen vor allem jüngere Altersgruppen, da Ausbildung, Arbeitsplatz oder Familiengründung die Entscheidung für die Wahl eines Wohnortes bestimmen. Trifft es umgekehrt zu, dass Ältere seltener umziehen, dann ist der Wanderungssaldo bei dieser Personengruppe von besonderem Interesse. Ist er positiv, das heißt ziehen mehr Ältere zu als fort, dann steigt auf jeden Fall das Medianalter und umgekehrt. Der Zuzug Älterer muss nicht als Problem, sondern kann durchaus auch als Chance gesehen werden.

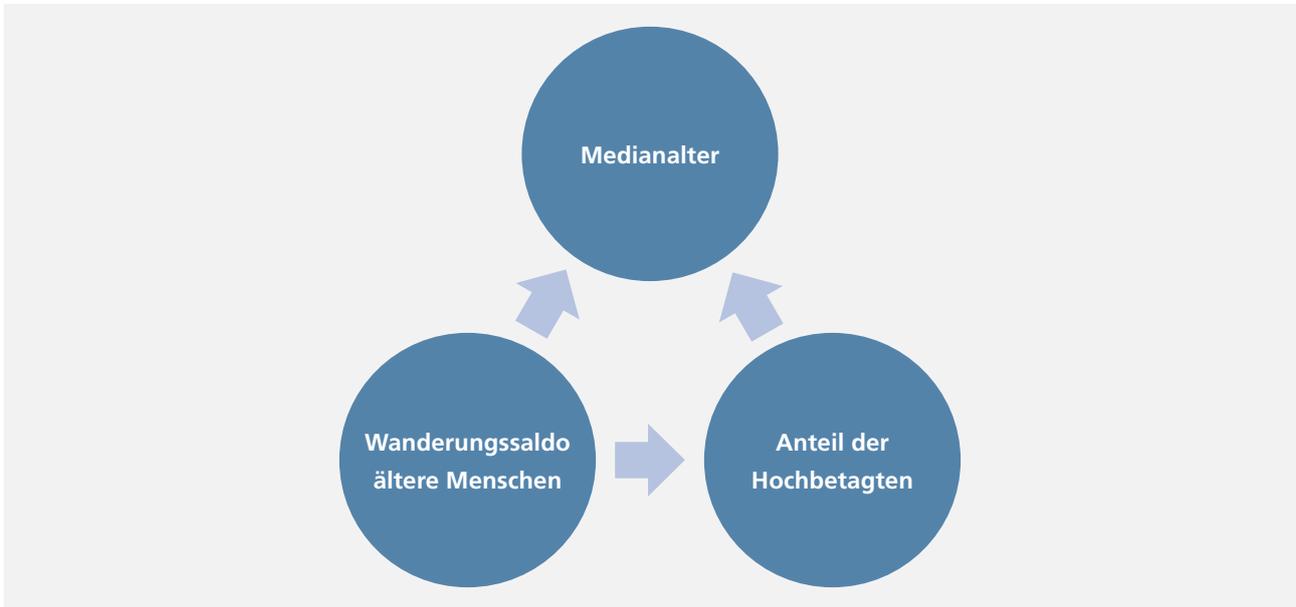
Es reicht nicht aus, die Informationen einmalig zusammenzutragen, denn das Umfeld für jede Kommune, aber auch die Verhaltensweisen von Menschen können sich ändern. Insofern sollte die Analyse regelmäßig aktualisiert werden. Die KGSt spricht vom „regelmäßigen Demografiemonitoring“, das als „Frühwarnsystem“ rechtzeitig auf Handlungsnotwendigkeiten hinweisen soll (Schaubild 6). Dieses „Frühwarnsystem“ zu beobachten und zu nutzen, ist eine zentrale Aufgabe für die Führung in Politik und Verwaltung. Zugleich ist das „Demografiemonitoring“, das alle Aspekte des demografischen Wandels umfasst, eine wichtige Grundlage für die Kommunalentwicklung.

Die Zuzüge älterer Menschen nach MV (Mecklenburg-Vorpommern, der Verf.) machen zwar nur einen kleinen Anteil am gesamten Wanderungsstrom aus, aber der Saldo von Zu- und Fortzügen ist bei den über 55-jährigen seit 2000 ... positiv. ... Mit einer besseren Koordinierung von entsprechenden Aktivitäten sollten sich noch mehr Menschen, die nicht mehr im Erwerbsleben stehen, für ein Leben in MV gewinnen lassen. Dies muss von der Politik ausdrücklich gewollt sein und nicht nur nach außen, sondern auch innerhalb des Landes für die eigene Bevölkerung kommuniziert werden...

Ein ... Ansatzpunkt für Marketingaktivitäten könnten die seniorenfreundlichen Kommunen sein, die vom Ministerium ... ausgezeichnet werden.“

„Quelle: Landtag Mecklenburg-Vorpommern, Enquete-Kommission ‚Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern‘, Kommissionsdrucksache 6/8 neu vom 11.12.2012, S. 16

Schaubild 6: Ein einfaches Kennzahlensystem für meine Kommune



Quelle: Eigene Darstellung.

Der Demografiebericht als Leitfaden für die Kommunalpolitik

Wie können die notwendigen Informationen für die eigene Kommune gewonnen werden? Mit dem „Wegweiser Kommunen“ bietet die Bertelsmann-Stiftung eine umfassende Datensammlung für alle Kommunen ab 5.000 Einwohnern. Die Daten sind einfach zugänglich und können zu einem sogenannten **„Demografiebericht“** zusammengestellt werden. Darauf aufbauend hierauf haben viele Kommunen einen örtlichen Bericht erstellt, der mit eigenen Erhebungen angereichert ist.

Die örtlichen Kenntnisse sind vor allem notwendig um festzustellen, welche öffentlichen und privaten Einrichtungen vorhanden sind, die ältere Menschen typischerweise nutzen (wollen). Dies dürfte gerade in kleineren Orten eher möglich sein als in einer Großstadt.

In größeren Städten oder in einem Landkreis ist es durchaus sinnvoll, innerhalb des Stadt-/Kreisgebietes differenzierter zu analysieren, wie sich die demografische Situation in einzelnen Quartieren darstellt. Gerade für größere Einheiten kann es außerdem hilfreich sein, mit einer kartographischen Darstellung einerseits die Bevölkerungsstruktur, andererseits aber auch Ver-

„Die Daten, die diesem Bericht zugrunde liegen, stammen vom Statistischen Landesamt Rheinland-Pfalz, von der Bundesagentur für Arbeit, vom Stifterverband Wissenschaftsstatistik und vom Bereich 1.01 (der Stadtverwaltung: Statistik und Wahlen, d. Verf.), es sind Berechnungen der Bertelsmannstiftung, des Instituts für Entwicklungsplanung und Strukturforchung ... und eigene Berechnungen.“

Quelle: Stadt Worms, Worms 2030: Demografiebericht, Februar 2012, S. 3

sorgungseinrichtungen zu veranschaulichen. Daran lässt sich unter anderem erkennen, ob kleinräumige Defizite in der Versorgung zum Beispiel mit Geschäften des täglichen Bedarfs oder mit Fachärzten bestehen. Auch Besonderheiten der Ortstopographie (fehlende Verbindungswege, problematische Straßenübergänge, Anstieg/Gefälle) lassen sich in eine solche Darstellung integrieren.

Die Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt) empfiehlt daher ein Demografie-monitoring.

„Demografiemonitoring ist ein Instrument zur Verbesserung von Entscheidungsgrundlagen, indem es Daten beobachtet, bereitstellt und bewertet und damit Transparenz über demografische Entwicklungen (im Original hervorgehoben, d. Verf.) und hiermit verbundene Prozesse und soziale Zustände fördert.“

Quelle: KGSt, Demografiemonitoring, Materialien 5/2010, S. 9

Im Einzelnen werden dabei folgende Dimensionen mit circa 15 Indikatoren für das Monitoring betrachtet:

- Bevölkerungsentwicklung
- Alterung und Lebenserwartung
- Familiengründung und Geburten
- Wanderung
- Haushalts- und Lebensformen

Nach: KGSt, Demografiemonitoring, Materialien 5/2010, S. 19ff.

Demografieberichte bzw. ein Demografiemonitoring finden sich in vielen Kommunen. Sie sollten regelmäßig, zum Beispiel alle drei bis fünf Jahre fortgeschrieben werden, damit auf Veränderungen auch frühzeitig reagiert werden kann. Dabei sollte ein solcher Bericht alle Aspekte des demografischen Wandels abbilden. Idealerweise ist er zudem Teil einer integrierten Stadt-, Gemeinde- oder Kreisentwicklungsplanung. Denn es sollte vermieden werden, Demografie oder gar nur die älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger zum Gegenstand

einer speziellen Fachpolitik zu machen. **Politik für Ältere ist einzubetten in eine Demografiestrategie, die wiederum Teil der Zukunftsentwicklung eines Gemeinwesens ist.**

Die Zukunftsinitiative Rheinland-Pfalz hat bereits vor zehn Jahren einen „**Demografiecheck**“ entwickelt. Er richtet sich an wichtige politische und administrative Akteure, aber auch an weitere Experten in der Kommune. Darin werden keine Fakten zusammengetragen; vielmehr kann jede(r) an Hand von Fragen testen, inwieweit er/sie bzw. andere Akteure demografische Fragestellungen und Handlungsfelder wahrnehmen bzw. aufgreifen. Bezogen auf Senioren werden folgende Themen angesprochen:

- Bau- und Infrastrukturplanung (z. B. Barrierefreiheit)
- Beteiligungsmöglichkeiten Älterer
- Untersuchung der Wünsche und Bedürfnisse Älterer
- Freizeit, Kultur, Bildung, Sport
- Nahversorgung /medizinische Versorgung
- Dienstleistungsangebote für Hilfs- und Pflegebedürftige
- Ältere mit Migrationshintergrund
- Kooperation mit anderen gemeinnützigen/gewerblichen Dienstleistern
- Ehrenamtliches Engagement von Senioren
- Ansprechpartner für Senioren
- Miteinander der Generationen

Aus den Antworten kann jeder Akteur für seine Kommune erkennen, ob und gegebenenfalls wo Handlungsbedarf besteht.

Nach: ZIRP, Zukunftsradar 2030, Demografie-Check für Kommunen, Mainz 2006, Fragenkomplex 8, <http://www.zirp.de/images/stories/zirp/zukunftsradar/demowandel/kommune-check.pdf>

Der demografische Wandel erfasst auch die Verwaltung

Oft wird vergessen, dass nicht nur die Einwohner-, sondern auch die Mitarbeiterschaft in der Kommunalverwaltung dem demografischen Wandel unterliegt. Deshalb sollte auch für die Verwaltung in gewissen Zeitabständen ein spezifischer **Personal-Demogra-**

fiCHECK erfolgen, aus dem Handlungsnotwendigkeiten für die Personalpolitik abgeleitet werden können. Er zeigt zum Beispiel, wann leitende Mitarbeiter ausscheiden und dementsprechend rechtzeitig von der Personalentwicklung Vorsorge getroffen werden muss. Aber auch der Bedarf an Nachwuchskräften in den kommenden Jahren lässt sich so besser erkennen und steuern. Zudem sollte auch das Gesundheitsmanagement berücksichtigt werden, damit die Mitarbeiterschaft einerseits im Berufsleben aktiv sein kann, andererseits möglichst fit für die dann folgende Lebensphase ist. Für diese Analyse muss die Kommune allerdings auf eigene Informationen zurückgreifen.

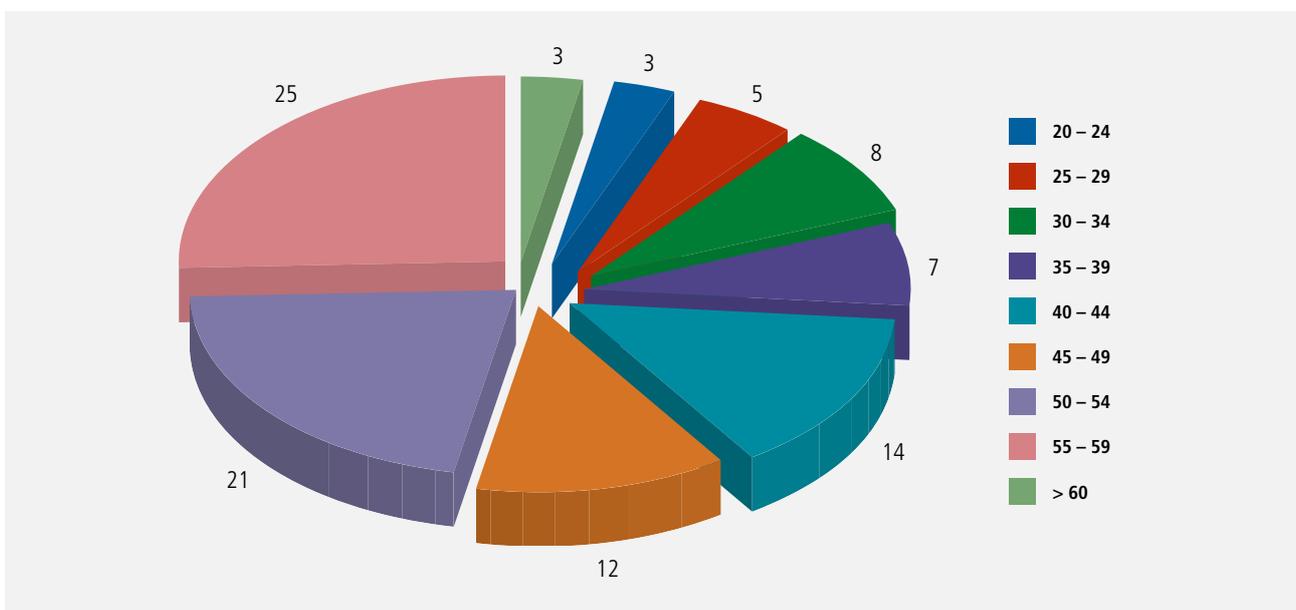
In der Stadt Prenzlau, die hier beispielhaft betrachtet wird, waren zum Betrachtungszeitpunkt Ende 2011 bereits 50 Prozent der Beschäftigten 50 Jahre und älter. Das bedeutet, dass bis 2025 ein Großteil der Arbeitsplätze neu besetzt werden muss. Das ist eine große Herausforderung für die Personalentwicklung, denn es geht nicht allein um die Gewinnung von Nachwuchskräften, sondern auch um die Ausrichtung der Verwaltungsarbeitsplätze auf eine ältere Belegschaft.

„Altersstrukturanalyse permanent verfeinern

Die gewünschte konzeptionelle Entwicklung eines modernen Personalmanagements setzt eine genaue Kenntnis der personellen Situation der Kommunalverwaltung voraus. Bei der Altersstrukturanalyse handelt es sich um eine systematische Vorgehensweise zur Früherkennung und bildlichen Darstellung gegenwärtiger und zukünftiger Personalrisiken, die auf die Entwicklung der betrieblichen Altersstruktur und den Wirkungen des demografischen Wandels zurückzuführen sind. Die Altersstrukturanalyse vergleicht den heutigen Altersstand der Mitarbeiter mit der Situation in fünf, zehn oder mehr Jahren. Dazu werden geplante oder erfahrungsgemäß übliche Personalzu- und -abgänge zugrunde gelegt.“

Quelle: Deutscher Städte- und Gemeindebund, Demografiefeste Personalverwaltung, DStGB Dokumentation Nr. 112 (2013), S. 5

Schaubild 7: **Altersstruktur der Stadt Prenzlau 31.12.2011 (Anteil der Gesamtbeschäftigten in %)**



Quelle: <http://www.prenzlau.eu/sixcms/media.php/596/Anlage%20zur%20DS%20113-2012.pdf>; Eigene Darstellung.



3

Differenzierungen –
Vielfalt der Lebensstile

Differenzierungen – Vielfalt der Lebensstile¹

Der Blick in die Statistik allein gibt noch keine Hinweise darauf, welche Handlungsfelder von den Älteren selbst oder durch ehren-/hauptamtliches Engagement in der Kommune ausgefüllt werden sollten. Denn die Vielzahl von Lebenssituationen älterer Menschen zeigt sich keineswegs vorrangig im Lebensalter (Schaubild 8). Ältere Menschen unterscheiden sich in ihrer persönlichen Situation und in der Beschaffenheit ihres Lebensumfeldes. Sie haben ihre eigenen Fähigkeiten und Fertigkeiten, erwarten aber in ihrem neuen Lebensabschnitt möglicherweise auch ganz neue Herausforderungen und Lebensperspektiven. Eine Konzentration auf altersbedingte Defizite (Gesundheit, Mobilität) würde den Blick auf die große Vielfalt in der Gruppe der älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger verstellen.

„Die Zielgruppe 55+ entspricht nicht mehr dem Bild der Senioren aus dem letzten Jahrhundert. Die heutigen und zukünftigen älteren Menschen sind rege, leistungsfähig, beweglich, anpackend und interessiert. Sie können ihre Potentiale für ein konstruktives Miteinander aller Generationen einbringen.“

Quelle: Landtag Mecklenburg-Vorpommern, Enquete-Kommission ‚Alter werden in Mecklenburg-Vorpommern‘, Kommissionsdrucksache 6/8 neu vom 11.12.2012, S. 16,

„Die meisten Menschen, die aus dem Erwerbsleben ausscheiden, sind körperlich wie geistig noch fit und wollen sich weiterhin aktiv in die Gesellschaft einbringen. Diese „jungen“ Alten bringen viele Potenziale mit und können helfen, die Folgen des demografischen Wandels abzufedern.“

Quelle: Berlin-Institut, Stadt für alle Lebensalter, Berlin November 2014, S. 8

Es kommt hinzu, dass im Lauf der Zeit Menschen ins Seniorenalter eintreten, die jeweils einen anderen Erfahrungshintergrund besitzen und neue Fertigkeiten mitbringen. Wenn heute die Frage aufgeworfen wird, ob und in welchem Umfang ältere Menschen mit elektronischen Angeboten umgehen können, dann stellt sich die Problematik 2030 – wenn die heute 50-Jährigen Senior_innen sein werden – möglicherweise kaum noch. Aber dann werden unter Umständen andere neue Technologien zur Verfügung stehen, die diese Generation dann schon nicht mehr beherrscht. Auch die Bereitschaft zu neuen Beziehungs- und Wohnformen wird sich in einer nachwachsenden Senioren-generation vermutlich ändern. Es wäre daher zu kurz gedacht, die heute bekannten Probleme und Strukturen einfach in die Zukunft zu projizieren. Die älteren Menschen des Jahres 2030 werden vermutlich andere Bedürfnisse artikulieren, auf die mit neuen Technologien und Projektformen anders als heute geantwortet werden kann.

Um einen differenzierten Blick auf die Situation und Bedürfnisse der Älteren in der Kommune werfen zu können, werden Informationen benötigt, die sich allerdings ortsspezifisch zumeist nicht in der amtlichen Statistik finden. Größere Städte haben möglicherweise eigene stadtteilbezogene Daten. Eine wichtige Informationsquelle können auch die Erkenntnisse kommunaler oder gemeinnütziger Wohnungsunternehmen sein. Schließlich gibt es – wiederum zumeist in den größeren Städten – Stadtteilbüros, zum Beispiel in Programmgebieten des Förderprogramms „Soziale Stadt“. In kleineren Kommunen besteht die Möglichkeit, auch auf das örtliche Erfahrungswissen einer Reihe von Akteuren, zum Beispiel Kirchengemeinden oder Wohlfahrtsverbänden, zurückzugreifen.

¹ Die ausgewiesenen Daten entstammen – soweit nicht anders ausgewiesen – dem Deutschen Alterssurvey (<http://www.bmfsfj.de/BMFSFJ/Service/publikationen,did=35236.html>) bzw. dem Datenreport der Bundeszentrale für politische Bildung (<http://www.bpb.de/nachschlagen/datenreport-2013/sozialstruktur-und-soziale-lagen/173585/lebenssituationen-aelterer-menschen>).

Schaubild 8: **Vielfalt des Lebens im Alter**



Quelle: Eigene Darstellung.

So lassen sich – mit allen Vorbehalten – unter anderem die folgenden Merkmale benennen, die das breite Spektrum der Lebenssituation Älterer aufzeigen:

1. **Berufliche Aktivität:** Manche Menschen sind auch über das 65. Lebensjahr hinaus beruflich aktiv. Dies gilt vor allem für Selbstständige und Freiberufler oder mithelfende Familienangehörige. Aber auch ehemals abhängig Beschäftigte können in eine Phase der Selbstständigkeit (zum Beispiel Werkaufträge für den bisherigen Arbeitgeber) eintreten.

„Im Jahr 2014 gingen in Deutschland 14 % der 65- bis 69-Jährigen einer Erwerbstätigkeit nach. 2005 waren es noch 6 % gewesen. ‚Die Erwerbstätigenquote älterer Menschen hat sich in kurzer Zeit mehr als verdoppelt‘, sagte Roderich Egeler, Präsident des Statistischen Bundesamtes (Destatis). Mit zunehmendem Alter gewinnt außerdem die Selbstständigkeit als Erwerbsform an Bedeutung. Rund 39 % der 65- bis 69-jährigen Erwerbstätigen waren 2014 selbstständig oder mithelfende Familienangehörige. Bei den 60- bis 64-jährigen Erwerbstätigen lag der Anteil lediglich bei 16 %.“

Quelle: Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung Nr. 272/15 vom 29.7.2015

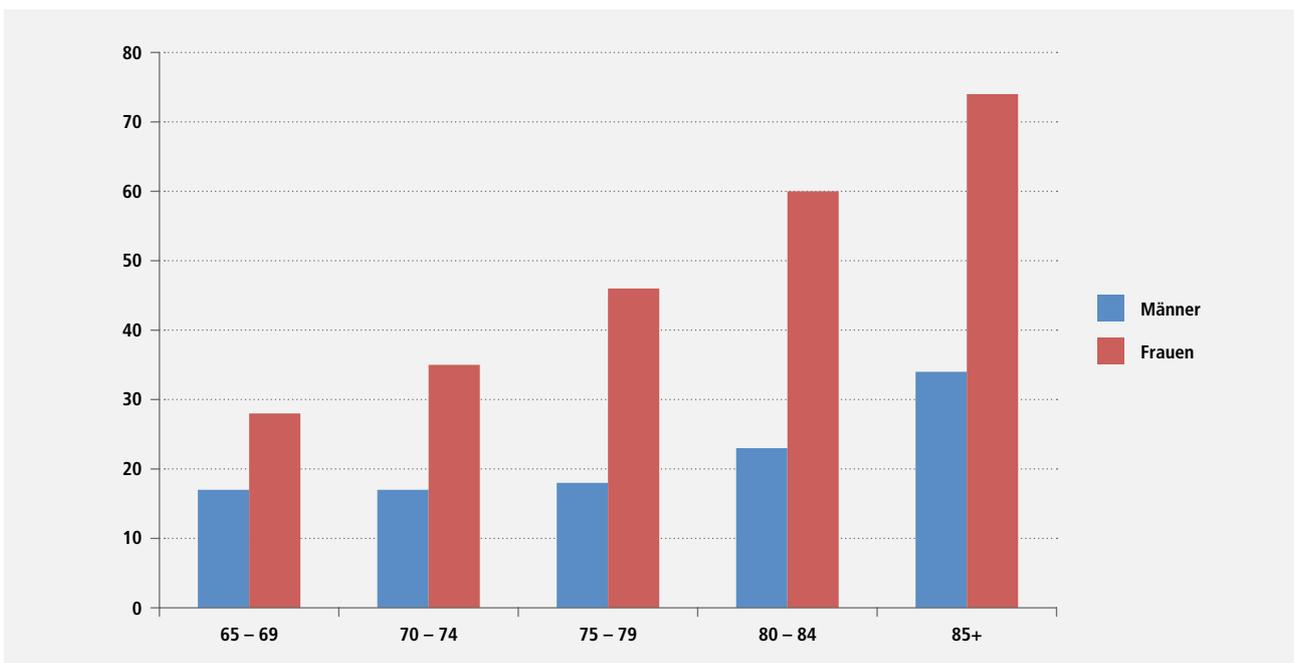
2. **Gesundheit:** Gesundheitliche Beeinträchtigungen sind nicht an ein spezifisches Alter gebunden. So wird es auch in der Gruppe der Hochbetagten zahlreiche Menschen geben, die geistig und/oder körperlich fit sind und bleiben. Gleichwohl nimmt mit dem Alter die Wahrscheinlichkeit bestimmter Krankheitsbilder (zum Beispiel Herz-Kreislauf-, Gelenk-/Knochenerkrankungen) zu.

„Im Jahr 2013 fühlten sich drei Viertel der Älteren fit. ... Mit zunehmendem Alter steigt der Anteil der älteren Menschen, der sich gesundheitlich beeinträchtigt fühlt. Bei den 65- bis 69-Jährigen bezeichneten sich 18 % im Jahr 2013 als krank oder unfallverletzt, bei den 70- bis 74-Jährigen 21 % und in der Altersgruppe ab 75 Jahre 28 %.“

Quelle: Statistisches Bundesamt, Die Generation 65+ in Deutschland, Juli 2015, S. 37

3. **Familiäre Anbindung:** Viele ältere Menschen leben derzeit in Partnerschaft und/oder in enger (räumlicher) Beziehung zu ihrer Verwandtschaft. Sie sind damit nicht isoliert und nehmen über ihre Familie am gesellschaftlichen Leben teil. Zudem kann die Familie ein wichtiger Halt in Notsituationen sein. Umgekehrt können Ältere wichtige Funktionen in der Familie übernehmen und zum Beispiel junge Eltern entlasten. Unter den „jüngeren“ Senioren dominiert die Partnerschaft, vornehmlich die Ehe; dies gilt vor allem für Männer. Allerdings nimmt mit zunehmendem Alter die Zahl der **Alleinstehenden**, die in einem eigenen Haushalt leben, deutlich zu (Schaubild 9); dies betrifft in besonderem Maße und in früherem Alter Frauen. Wichtig ist auch der Kontakt zu den Kindern – dieser ist nicht nur, aber auch von der räumlichen Entfernung abhängig. Angesichts der zunehmenden Globalisierung in der Arbeitswelt und der Mobilität von Beschäftigten dürfte diese Distanz in den kommenden Jahrzehnten eher zunehmen. Das bedeutet, dass die Kommune sich darauf einstellen muss, dass die Zahl der Älteren, die ohne eine familiäre Anbindung im näheren Umfeld leben, steigen wird.

Schaubild 9: Anteil der Alleinstehenden 2014



Quelle: Statistisches Bundesamt, Die Generation 65+, Juli 2015, S. 7.

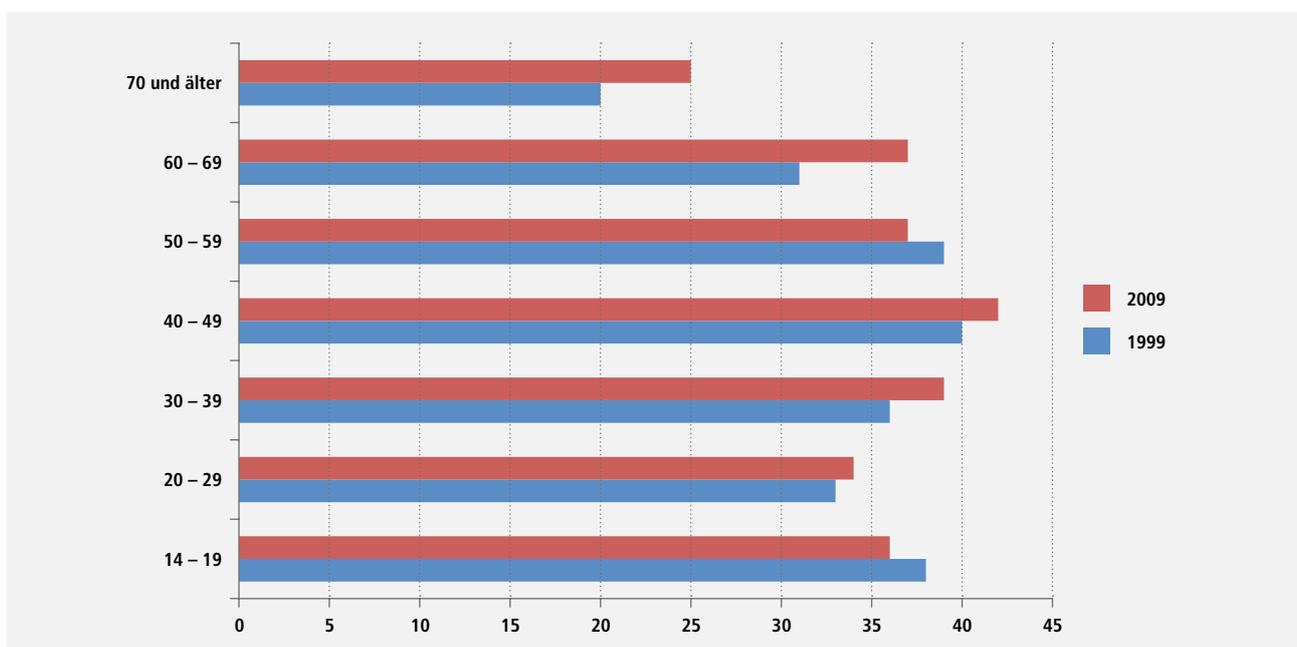
4. **Soziale Integration (⇔ Kapitel5):** Ein zentraler Indikator für die Lebenslage ist auch der Grad der sozialen Integration. Viele ältere Menschen haben (über die Familie hinaus) Kontakte zu ihren Nachbarn bzw. über Aktivitäten in Vereinen/Organisationen zu anderen Menschen in ihrer Kommune oder ihrem Quartier. Im Bedarfsfall können sie unter Umständen auch auf deren Unterstützung zurückgreifen. Gerade bei den Älteren hat das Engagement in den letzten Jahren deutlich zugenommen. **Ehrenamtliches Engagement** ist zwar vor allem für jüngere Senioren ein Thema; doch lässt sich ein verstärkter Trend zum Ehrenamt auch in höherem Alter beobachten (Schaubild 10). Dabei darf zudem nicht übersehen werden, dass viele Ältere Aufgaben in der Familie (Betreuung von Kindern oder Pflegebedürftigen) oder in der Nachbarschaft (Nachbarschaftshilfe) übernehmen.

„Der auffälligste und interessanteste Trend des Freiwilligensurveys war bereits zwischen 1999 und 2004 der deutliche Anstieg des freiwilligen Engagements bei den älteren Menschen. Engagierten sich

von den über 65-Jährigen 1999 erst 23 %, so waren es 25 % im Jahr 2004 und bereits 28 % im Jahr 2009. Besonders eindrucksvoll erscheint zwischen 1999 und 2004 der Sprung bei den jüngeren Seniorinnen und Senioren im Alter von 60 bis 69 Jahren von 31 % auf 37 %. Bei den 70 bis 75-Jährigen erhöhte sich das Engagement zwischen 1999 und 2009 von 24 % auf 30 % (besonders deutlich bis 2004) bei den 76 bis 80-Jährigen im gesamten Zeitraum wesentlich langsamer und auf einem deutlich niedrigeren Niveau (von 19 % auf 21 %). Das zeigt, wie sich die Grenze, bis zu der sich ältere Menschen noch recht aktiv in die Zivilgesellschaft einbringen, in Richtung des Alters von etwa 75 Jahren hinausgeschoben hat. Zunehmend überschreiten Einzelne selbst diese Grenze.“

Quelle: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Monitor Engagement: Freiwilliges Engagement in Deutschland 1999 – 2004 – 2009, April 2010, S. 32, <http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Broschuerenstelle/Pdf-Anlagen/Monitor-Engagement-Nr-2,property=pdf,bereich=bmfsfj,sprache=de,rwb=true.pdf>

Schaubild 10: **Ehrenamtliches Engagement 1999 und 2009** (Anteil in der Altersgruppe; nur Westdeutschland)



Quelle: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Monitor Engagement: Freiwilliges Engagement in Deutschland 1999 – 2004 – 2009, April 2010, S. 32; Eigene Darstellung; <http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Broschuerenstelle/Pdf-Anlagen/Monitor-Engagement-Nr-2,property=pdf,bereich=bmfsfj,sprache=de,rwb=true.pdf>.

5. **Ökonomische Situation:** Einkommen und Vermögen spielen auch im Alter eine wesentliche Rolle. Betrug das (Standard-)Rentenniveau netto vor Steuern in Relation zum jeweiligen Durchschnittseinkommen Ende der 1970er-Jahre noch etwa 60 Prozent, so ist es mittlerweile auf unter 50 Prozent gesunken. Für viele ältere Menschen stellt sich das Thema einer Auskömmlichkeit ihres Einkommens im Alter vor allem im Zusammenhang mit der Pflege. Deren Kosten werden von Renten/Pensionen und anderen Altersruhegeldern sowie der Pflegeversicherung bereits heute oft nicht abgedeckt. Die sogenannte **Armutsgefährdung** betrifft dabei Frauen deutlich häufiger als Männer (Schaubild 11).

Für die Zukunft ist zu berücksichtigen, dass ein weiter relativ sinkendes Rentenniveau, die Zunahme prekärer Beschäftigungsverhältnisse und „gebrochene“ Erwerbsbiographien die Zahl derjenigen Älteren steigen lassen wird, deren Einkommen nicht ausreichend ist und die daher der Grundversicherung im Alter bedürfen. Es ist allerdings schwierig, die Einkommenssituation Älterer in der Kommune zu erfassen, da über andere Einkommensquellen und das Vermögen keine Informationen vorliegen. Als wichtiger Anhaltspunkt kann lediglich die Anzahl der Bezieher von Grundversicherung im Alter dienen. Allerdings wird vermutet,

dass viele Ältere die ihnen prinzipiell zustehenden Leistungen nicht in Anspruch nehmen, die „Dunkelziffer“ also derzeit groß ist. Das mag sich jedoch in der Zukunft ändern.

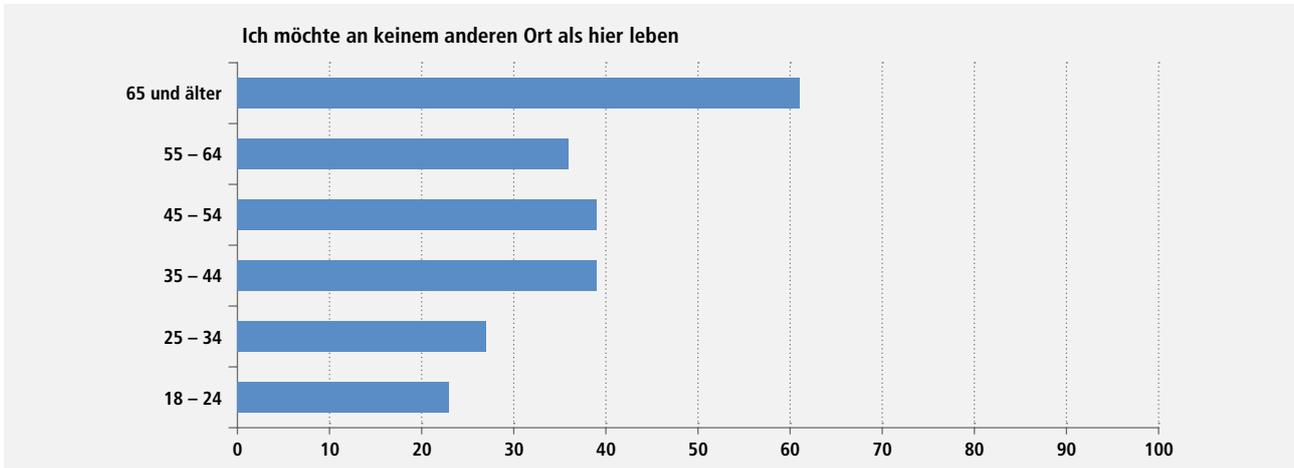
6. **Wohnort (⇔ Kapitel 6):** Es ist ein Unterschied, ob Menschen in einem ländlichen Raum, im Verdichtungsgebiet, in einer Stadt, in einer wachsenden oder in einer schrumpfenden Kommune wohnen. Ihre Versorgungssituation, die Nutzung öffentlicher Infrastruktur oder die Mobilitätsmöglichkeiten unterscheiden sich erheblich. Tendenziell sind die infrastrukturellen Voraussetzungen im **städtischen Bereich** günstiger; umgekehrt darf aber unterstellt werden, dass im **ländlichen Raum** die Bereitschaft zur Selbsthilfe – allein aufgrund der objektiven Notwendigkeit – höher ausgeprägt sein dürfte als in der Stadt. Hinzu kommt, dass in kleineren Orten das Wissen der verantwortlichen Akteure um die Situation der älteren Menschen wegen der Überschaubarkeit vermutlich größer ist. Während Jüngere bei der Wahl ihres Wohnortes sehr flexibel sind, wollen Ältere überwiegend in ihrer Stadt/Gemeinde bleiben; ein Umzug zum Beispiel auf Grund unzureichender Versorgung kommt für viele nicht in Betracht. Diese Einstellung gewinnt aber erst mit dem Überschreiten der gegenwärtigen Regelaltersgrenze eindeutig die Oberhand (Schaubild 12).

Schaubild 11: **Armutsgefährdung Älterer in Deutschland 2013**

	Männer	Frauen
Armutsgefährdet	12,7	17,0
Von erheblicher materieller Entbehrung betroffen	2,7	3,7

Quelle: Statistisches Bundesamt, Die Generation 65+, Juli 2015, S. 17 und 19; Eigene Darstellung.

Schaubild 12: **Bereitschaft zum Wohnortwechsel**



Quelle: polis/sinus, Demografischer Wandel in Rheinland-Pfalz, Ergebnisse einer Repräsentativuntersuchung vom 7.5.2013.
http://starkekommunen-rlp.de/fileadmin/mediathek/dokumente/Ergebnisse_Umfrage_Demografischer_Wandel_RLP_polissinus__1_.pdf , S. 14.

7. **Kleinräumige Wohnlage / Wohnumfeld (⇔ Kapitel 8):** Aber auch in der Stadt oder in einem größeren Ort ist die Versorgungssituation nicht flächendeckend gleich. Vielmehr ist zu fragen, in welcher **Entfernung von der Wohnung** (und topographisch) sich öffentliche oder private (Versorgungs-)Einrichtungen befinden. Die lange Zeit zu beobachtende Neigung vieler Kommunen, Einkaufsmöglichkeiten (autogerecht) am Ortsrand anzusiedeln, macht die Problematik deutlich. Darüber hinaus ist es ein Unterschied, ob Ältere in einer gewachsenen Siedlungsgemeinschaft (die oft gleichzeitig gealtert ist) oder in Quartieren mit hoher Fluktuation wohnen. Gibt es funktionierende Nachbarschaften, dann können sich unterstützende Netzwerke herausbilden.

8. **Mobilität (⇔ Kapitel 7):** Viele ältere Menschen besitzen ein Kraftfahrzeug und sind damit – unabhängig von ihrem Wohnort – grundsätzlich mobil. Ob und inwieweit sie diese Möglichkeit nutzen, ist ihrer eigenen Entscheidung überlassen. Jene aber, die – aus welchen Gründen auch immer – nicht eigenständig mobil sind, müssen entweder ihren Aktionsradius einschränken oder **öffentliche / private Mobilitätsangebote** nutzen. Dabei spielt auch die topographische Situation in der Kommune eine wichtige Rolle. Bisweilen sind es die letzten Meter – die Wohnung liegt zum Beispiel am Hang,

die Haltestelle des Busses aber an der Talstraße – die sich als große Barriere erweisen.

9. **Wohnsituation (⇔ Kapitel 6):** Die meisten Menschen „wachsen“ mit ihrer Wohnung ins Alter. Ob die Wohnung ihren Bedürfnissen auch im Alter entspricht, ist bei Einzug oft nicht bedacht worden. Viele ältere Wohngebäude sind **nicht barrierearm**. Handelt es sich dabei um Wohneigentum, ist die Bereitschaft in eine neue, auf die Anforderungen im Alter ausgerichtete Wohnung umzuziehen besonders gering. Umgekehrt ist die Bereitschaft zur Umrüstung, zum Beispiel auf Grund fehlender Mittel (und der Scheu, das Eigentum – wieder – mit einer Hypothek zu belegen), eingeschränkt.

10. **Migrationshintergrund:** Mittlerweile leben viele ältere Menschen mit Migrationshintergrund in unseren Kommunen. Als die erste Generation nach Deutschland kam, wurde die Frage nach dem Leben im Alter nicht thematisiert, da eine Rückkehr in die Heimat erwartet wurde. Mittlerweile aber gilt, dass viele dieser Menschen ihren Lebensabend in Deutschland verbringen. Sie dürften zwar mit ihren deutschen Alterskollegen viele gemeinsame Bedürfnisse haben, dennoch wird sich ihr Leben im Alter in manchen Punkten anders gestalten.

„Diese Personen benötigen im höheren Lebensalter vermehrt eine ihrem kulturellen Hintergrund entsprechende Unterstützung – eine qualitative Dimension, die in der meist quantitativen Diskussion um die Weiterentwicklung der Pflegeversicherung und des Pflegemarktes bislang wenig beachtet wurde.“ Dabei ist auch zu bedenken, dass die Zahl der Herkunftsländer deutlich gestiegen ist, die Heterogenität der Menschen mit Migrationshintergrund mithin zugenommen hat und noch zunehmen wird.

Quelle: Friedrich Ebert Stiftung, Auswirkungen des demografischen Wandels im Einwanderungsland Deutschland, Bonn 2015, S. 47

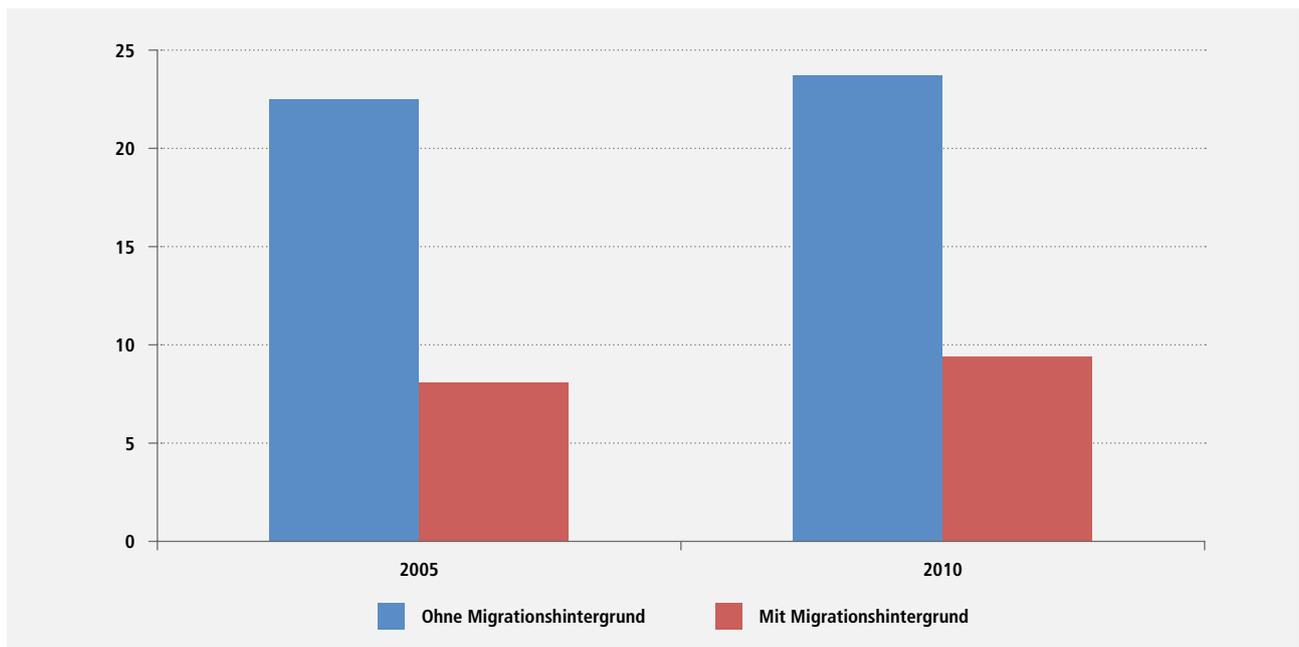
wichtige Zielgruppe kommunalpolitischen Handelns bleiben die Älteren mit Migrationshintergrund in jedem Fall.

„Ganz überwiegend haben ältere Migranten ihren neuen Lebensmittelpunkt in Deutschland gefunden. Nur sehr wenige wollen in ihr Herkunftsland zurückkehren, auch wenn die Beziehungen zur Heimat eng sind. Insgesamt ist ein stationäres Altern, ein „aged in place“, festzustellen. Da auch die Bevölkerung mit Migrationshintergrund zunehmend vom familialen und demografischen Wandel betroffen ist, bedeutet eine vergleichbare Generationensolidarität allerdings, dass die Gesellschaft im Hinblick auf Hilfe und Pflege für Ältere vor ähnlich großen Herausforderungen steht wie bei der einheimischen Bevölkerung.“

Quelle: Peter Schimany, Ältere Migrantinnen und Migranten, BAGSO-Nachrichten 1/2014, S. 8

Derzeit sind rund zehn Prozent der Menschen mit Migrationshintergrund älter als 65 Jahre. Ihre Zahl wird auf jeden Fall steigen, ob auch ihr Anteil wie in der Vergangenheit steigt, hängt im Wesentlichen von Umfang und Altersstruktur der Zuwanderung ab. Eine

Schaubild 13: Anteil der Über-65-Jährigen mit und ohne Migrationshintergrund an ihrer Bevölkerungsgruppe



Quelle: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Ältere Migrantinnen und Migranten, Forschungsbericht 18, Nürnberg 2012, http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/Forschungsberichte/fb18-aeltere-migranten.pdf?__blob=publicationFile S.97.



11. **Neugier/Lust auf Neues (⇔ Kapitel 9):** Viele Menschen empfinden das Alter nicht als Verlust von Lebensqualität; immerhin waren (2002) mehr als 80 Prozent der über 70-Jährigen mit ihrer Lebenssituation durchaus zufrieden. Allerdings nutzten seinerzeit nur wenige von ihnen **Bildungsangebote**, um ihren Erfahrungshorizont zu erweitern; angesichts des steigenden Bildungsniveaus in der Gesellschaft dürfte dieser Anteil jedoch ansteigen. Der kontinuierliche Zuwachs an Studierenden im Seniorenalter mag dafür als Beleg gelten.

Bereits diese – keineswegs vollständige – Aufzählung unterschiedlichster Lebenssituationen Älterer macht deutlich, dass es für die Kommunalpolitik keine allgemeingültigen Handlungsmuster geben kann. Es bleibt unerlässlich, die differenzierte Situation vor Ort zu betrachten und daraus eben auch ortsspezifische Lösungen zu entwickeln.





4

Politik für Ältere und mit Älteren

Politik für Ältere und mit Älteren

Die Älteren selbst zu Wort kommen lassen

Was wollen die Älteren in meiner Kommune? Welche Wünsche und welche Probleme haben sie? Die Antworten darauf lassen sich nicht aus Statistiken oder den allgemeinen Beschreibungen ableiten. Vielmehr müssen die Informationen konkret vor Ort zusammengetragen werden. Doch das ist schwieriger als auf den ersten Blick vermutet. Zwar hat jeder Entscheidungsträger in einer Kommune bestimmte Vorstellungen über das Leben Älterer; doch diese sind ganz subjektiv und zum Beispiel geprägt durch das eigene Familienumfeld. Insofern ist es notwendig, Prozesse zu entwickeln und die Älteren selbst zu Wort kommen zu lassen. Dies kann keine einmalige Aktion sein, sondern muss als eine fortlaufende Aufgabe betrachtet werden, zumal Jahr für Jahr neue Menschen ins Seniorenalter eintreten.

Als engagierte Bürgerinnen und Bürger ...

Die Beteiligung am politischen Prozess in einer Kommune reduziert sich schon seit langem nicht mehr auf Wahlentscheidungen. Die Bürgerinnen und Bürger werden in zahlreichen Kommunen auf vielfältige Weise, sei es durch **formelle**, sei es durch **informelle** Verfahren in die Entscheidungsfindung einbezogen. Gerade bei der Formulierung von Handlungsfeldern für Ältere lassen sich die Instrumente einsetzen, um deren Erfahrungen zu nutzen und ihre Vorstellungen aufzunehmen.

Typische Beteiligungsverfahren sind

- Workshops/Bürgerforen
- Einwohnerversammlungen (z. B. nach § 16b GO Schleswig-Holstein)
- Planungszellen
- Umfragen

Alle Beteiligungsformen sind nicht ohne Probleme. So ist die Planungszelle sehr zeitaufwendig und nur auf einen kleineren Personenkreis beschränkt. Demgegenüber erfassen andere Formate zwar im Prinzip jeden,

können aber dadurch auch sehr unübersichtlich werden. Insoweit bietet es sich in größeren Kommunen an, die Beteiligung quartiersbezogen durchzuführen. Die Ergebnisse von Umfragen wiederum hängen entscheidend vom Rücklauf ab.

Was ist eine Planungszelle?

Eine Planungszelle ist eine Gruppe von ca. 25 im Zufallsverfahren ausgewählten Bürgerinnen und Bürgern, die für ca. eine Woche von ihren arbeitsalltäglichen Verpflichtungen freigestellt werden, um in Gruppen Lösungsvorschläge für ein vorgegebenes Planungsproblem zu erarbeiten. Die Ergebnisse ihrer Beratungen werden in einem sogenannten Bürgergutachten zusammengefasst und den politischen Entscheidungsinstanzen als Beratungsunterlage zur Verfügung gestellt.

Um die Repräsentativität zu erhöhen, arbeiten in der Regel immer mehrere Planungszellen parallel zum gleichen Thema. Bei ihren Beratungen werden die im Zufallsverfahren ausgewählten Bürgerinnen und Bürger von einer kompetenten Prozessbegleitung (Moderation) unterstützt. Die für die Beurteilung der Fragestellung erforderlichen Informationen gewinnen sie durch Anhörung und Befragung von Fachleuten und Vertretern der jeweils relevanten Interessengruppen.

Bei ihrer Auswahl wird darauf geachtet, dass möglichst alle in der Sache kontroversen Meinungen vertreten sind und dargestellt werden können. Bei den Bewertungen der Bürgerinnen und Bürger sind die Fachleute und Interessenvertreter nicht zugegen. Die angemessene Dimensionierung und Konkretheit der Aufgabenstellung gewährleisten eine hohe Kompetenz und Informiertheit der Mitwirkenden. Um Meinungsführerschaften zu reduzieren, wird die Planungszelle immer wieder in wechselnde Kleingruppen (z. B. 5 Gruppen à 5 Personen) unterteilt.

Quelle: www.planungszelle.de

Eine typische Erfahrung aller Beteiligungsverfahren ist die **selektive Teilnahme**. Einige Gruppen werden nicht oder nur schwer erreicht. Das gilt bei Veranstaltungslösungen zum Beispiel für Personen mit eingeschränkter Mobilität; andere Gruppen – wie zum Beispiel Menschen mit Migrationshintergrund – sind nur schwer zu mobilisieren. Auch Kampagnen, zum Beispiel über die örtlichen Medien, führen zu keinen höheren Beteiligungsquoten, wie die Erfahrung aus Bürgerhaushalten zeigt. Insofern spricht Vieles für einen Mix verschiedener Beteiligungsformen. Ob dabei externe Hilfe in Anspruch genommen wird oder die Kommune mit „Bordmitteln“ arbeitet, muss sie selbst entscheiden.

Eine interessante Form der Bürgerbeteiligung ist der „Participatory Rapid Appraisal (PRA)“, bei dem auch jene zu Wort kommen können, die von den üblichen angebotsorientierten Beteiligungsverfahren nicht erreicht werden:

Politik am Küchentisch

„Die Gemeinde Wensin in Schleswig-Holstein hat die Methode angewandt und dadurch schnell konkrete Ergebnisse erzielt ... Etwa zehn Prozent der Haushalte in der ausgewählten Zielgruppe werden von jeweils zwei Interviewern besucht. Sie führen mit allen Familienangehörigen ein freies Gespräch ganz unterschiedlicher Länge ... Grundsätzlich wird bei einer PRA davon ausgegangen, dass bei den Gesprächen weniger die Probleme als deren Lösungen zur Sprache kommen. Im Schutz des eigenen Zuhauses, ‚am Küchentisch‘ entsteht ohne Zeitdruck ein offenes Gespräch, in dem Kummer und Sorgen genauso Platz haben wie Ideen und Kreativität.“

Quelle: „Ideen vom Küchentisch ...“, Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung, Chance: Demografischer Wandel vor Ort, 2012, S. 65

Selbstverständlich gibt es auch zahlreiche Organisationen wie die Wohlfahrtsverbände, die Kirchen, Vereine oder Selbsthilfegruppen, die über vielfältige Erfahrun-

gen mit älteren Menschen verfügen. Allerdings sprechen sie für die Älteren, sodass auch ihre persönliche oder organisationsbezogene Wahrnehmung und Einstellung eine gewisse Rolle spielt. Sie sind damit sozusagen nicht der ‚O-Ton‘ der Betroffenen. Gleichwohl ist ihr umfassendes Wissen auf jeden Fall von Bedeutung (s. Interview S. 41).

... und in politischen Institutionen

Die Repräsentanz Älterer in der Kommunalpolitik erfolgt zunächst in der Kommunalvertretung und ihren Gremien. Allerdings wird die „Seniorenpolitik“ vielfach noch dem Sozialausschuss zugeordnet. An Stelle dieser sektoralen Zuordnung haben einige Kommunen eigene Ausschüsse eingerichtet, die sich speziell mit Themen der Demografie befassen. Damit wird ein integrierter Politikansatz unterstrichen. So gibt es in der Stadt Radevormwald (NW) einen Ausschuss für Demografie. Die Verknüpfung zur Kommunalentwicklung wird noch deutlicher in der Gemeinde Bedburg-Hau (NW), wo der Ausschuss die Bezeichnung „Demografie und Stadtentwicklung“ trägt.

Viele Kommunen haben einen **Seniorenbeirat**, der allerdings – im Gegensatz zu einem Ausschuss der Kommunalvertretung – nur beratende Funktionen besitzt, denn er ist in der Regel kein Gremium der Kommunalvertretung. Seine Einrichtung ist – anders als der Integrations-/Ausländerbeirat, der in den meisten Kommunalverfassungen fest verankert ist – freiwillig (vgl. § 19 Kommunalverfassung Brandenburg). Das führt zu der Frage, ob er als freiwillige Leistung bei un- ausgeglichenem Haushalt dem Konsolidierungszwang unterliegt. Bislang scheinen die Aufsichtsbehörden davon allerdings Abstand genommen zu haben.

Ob und inwieweit ein Seniorenbeirat eigene Initiativen entfalten, Anträge an die Kommunalvertretung richten kann oder durch Mitglieder in kommunalen Gremien repräsentiert ist (so z.B. § 8c Hessische Gemeindeordnung), entscheidet jede Kommune selbst. Auch das Wahlverfahren – Urwahl oder indirekte Wahl, zum Beispiel durch eine Delegiertenversammlung der in der

Seniorenarbeit tätigen Organisationen – wird von der Kommune selbst bestimmt. Der Vorteil einer Urwahl liegt zweifellos in der daraus folgenden besonderen Legitimation des Gremiums. Die Annahme, Urwahlen seien nur in kleineren Kommunen möglich, wird durch die Praxis widerlegt. So ist im März 2015 der Seniorenbeirat der Stadt Dortmund mit einer Wahlbeteiligung zwischen 25 und 30 Prozent neu gewählt worden. Dabei wird die Wahl üblicherweise per Briefwahl durchgeführt. Die Delegiertenwahl hat demgegenüber den Vorteil, dass dadurch bereits wichtige Akteure in die Arbeit eingebunden werden.

Eine wichtige Frage betrifft die Wahlberechtigung und die Wählbarkeit. Zum einen gilt es, eine Altersgrenze festzulegen. In der Praxis sind das Alter von 60 oder 65 Jahren üblich. Zum anderen ist zu bestimmen, ob nur die Bürgerinnen und Bürger (angelehnt an das Kommunalwahlrecht) oder die Einwohnerinnen und Ein-

wohner (das heißt auch Ausländerinnen und Ausländer) wahlberechtigt und wählbar sind. Auf der einen Seite ist es sicher wichtig, auch die Vorstellungen Älterer mit Migrationshintergrund aufzugreifen; auf der anderen Seite sind diese möglicherweise aber auch über einen Integrations-/Ausländerbeirat vertreten. Unabhängig davon ist es wichtig, dass sich möglichst zahlreiche Ältere bereit erklären, in einem solchen Gremium mitwirken zu wollen.

Das Themenspektrum eines Seniorenbeirats ist vielfältig; es betrifft nahezu alle Bereiche des kommunalen Geschehens. Dabei ist es wichtig, die Gesamtperspektive der örtlichen Gemeinschaft nicht aus den Augen zu verlieren, also auch Anliegen von Kindern und Jugendlichen, jungen Familien, Erwerbstätigen oder Menschen mit Migrationshintergrund zu berücksichtigen.



Seniorenvertretungen handeln bei ihrer Arbeit in vier **Hauptfunktionen**:

- Seniorenvertretungen **bündeln**. Das heißt, sie bündeln Interessen und Belange älterer Menschen in der Kommune.
- Seniorenvertretungen **vermitteln**. Das heißt, sie vermitteln zwischen älteren Menschen, der Politik, der Verwaltung und weiteren relevanten Akteurinnen sowie Akteuren.
- Seniorenvertretungen **koordinieren**. Das heißt, sie koordinieren Interessen und Interessengruppen in der Kommune.
- Seniorenvertretungen **beraten**. Das heißt, sie beraten aus der Perspektive älterer Menschen Politik und Verwaltung und weitere relevante Akteurinnen sowie Akteure.

Quelle: Landesseniorenvertretung NRW, Kommunale Seniorenvertretungen – leicht gemacht: Handreichung 3. Aufl. Mai 2012, S. 12

Wer kümmert sich?

Erforderlich ist zunächst eine **Anlaufstelle** in der Kommune, die sich um den Beteiligungsprozess und die Koordination der relevanten Akteure kümmert. Das kann eine Organisationseinheit in der Verwaltung, aber auch eine ehrenamtliche Stelle außerhalb des Rathauses sein. Während in größeren Städten oder in Landkreisen oft eine verwaltungsinterne Lösung zum Tragen kommen dürfte, sind in kleineren Städten und Gemeinden ehrenamtliche Seniorenbüros oder -beauftragte nicht selten. Wichtig sind dabei folgende Aspekte:

- Unabhängig von der Organisationsform ist die Einbindung in die Gesamtverwaltung notwendig; ein „Nischendasein“ würde wichtige Interaktionen mit allen kommunalen Handlungsfeldern erschweren.

- Diese Einbindung sollte sich auch in der Zuordnung innerhalb der Verwaltung ausdrücken. So ist in kleineren Städten und Gemeinden eine unmittelbare Anknüpfung an die Bürgermeisterin/den Bürgermeister nicht ungewöhnlich. In größeren Verwaltungen sollte – falls nicht eine vergleichbare Lösung gewählt wird – der Bezug zu Ämtern/Abteilungen hergestellt werden, die sich mit der Kommunalentwicklung befassen.
- Alle Beteiligten auf der Verwaltungsseite (oder im ehrenamtlichen Seniorenbüro) müssen in der Lage sein, „mit den Augen von Senioren“ zu sehen, um deren Anliegen besser verstehen zu können.

Die Aufgabenstellung ist vielfältig und keineswegs abschließend zu regeln. Ein wichtiger Aspekt ist zweifellos die Bildung eines Netzwerks aller Akteure, die sich mit Themen der älteren Bevölkerung in der Kommune befassen.

Aufgaben eines Seniorenbüros (Auswahl)

- Beratung von SeniorInnen zu Fragen des bürgerschaftlichen Engagements
- Öffentlichkeitsarbeit, um für ein differenziertes Altersbild und die Auswirkungen der demografischen Entwicklung, Bewusstsein zu schaffen
- Projektaufbau mit und für Senioren
- Pflegestrukturplanung
- Öffentlichkeitsarbeit mit dem Ziel einer differenzierten Darstellung des Alters und Bewusstseinschärfung für die Auswirkungen des demografischen Wandels.

Quelle: http://www.speyer.de/sv_speyer/de/Leben_in_Speyer/Senioren/Seniorenbüro

Wenn administrative Aufgaben, wie zum Beispiel

- die Vorbereitung von Sitzungen des Seniorenbeirats,
- Vorlagen für die Kommunalvertretung und ihre Gremien,
- Erarbeitung von Handlungsempfehlungen,
- Abstimmung mit Nachbarkommunen/dem Landkreis
- etc.

hinzukommen, ist eine ehrenamtliche Wahrnehmung der Aufgabe kaum möglich. Dann bietet sich die Einrichtung einer spezifischen Stelle an, die entweder als Stabsstelle dem (Ober)Bürgermeister/Landrat oder einem/einer Beigeordneten zugeordnet wird oder in einem fachübergreifenden Amt bzw. einer Abteilung (z. B. Kommunalentwicklung) verankert ist. Ein spezifi-

ches Anforderungsprofil lässt sich nur vor Ort formulieren. Einige Grundfähigkeiten wie Erfahrung, Kommunikationskompetenz, Bürgerorientierung, Verhandlungsgeschick oder auch Beharrlichkeit sind jedoch in jedem Fall erforderlich.

Ein wichtiger Aspekt für eine Anlaufstelle in der Verwaltung ist der interkommunale Erfahrungsaustausch. Gerade für ein Politikfeld, bei dem innovative Ideen gefragt sind, ist es hilfreich, von anderen zu lernen. Hierfür gibt es eine Fülle von Informationen im Netz. Dabei sollte der Blick nicht nur auf Deutschland gerichtet werden. So kann zum Beispiel der Gedankenaustausch mit Partnergemeinden genutzt werden, um neue Konzepte kennenzulernen.

Drei Fragen an Susanne Tatje, Leiterin des Amtes für Demografie und Statistik der Stadt Bielefeld

Wie sensibilisiert die Stadt Bielefeld die Einwohnerschaft für das Thema „Älter werden bzw. sein in der Stadt“?

Auf ganz unterschiedliche Art und Weise: So verankerte der Oberbürgermeister den Aufgabenbereich „Demografische Entwicklungsplanung“ bereits 2004 hochrangig in der Verwaltung Bielefelds als erster deutscher Kommune, um der durch Bevölkerungsrückgang und -alterung veränderten Situation zu begegnen. Das eröffnete die frühzeitige Chance, unterschiedliche Wege zur Gestaltung dieser Entwicklung gemeinsam mit Bürgerinnen und Bürgern jeden Alters zu erörtern.

Inwieweit werden ältere Menschen in die Demografiestrategie der Stadt aktiv einbezogen?

Als Demografiebeauftragte erarbeite ich Vorschläge zur Gestaltung dieses demografischen Wandels. Hauptaufgabe der ersten Jahre war das Entwickeln eines kommunalen Handlungskonzepts. Es basiert auf einem Diskussionsprozess mit unterschiedlichen Akteuren aus der Stadtgesellschaft wie Kirche, Wohlfahrtsverbänden, Wirtschaft, Hochschule und Politik sowie mit Bürgerinnen und Bürgern, Kindern und Jugendlichen. Dazu gab es neben Veranstaltungen und Workshops Zukunftswerkstätten, in denen Jung und Alt die Frage „Wie wollen wir leben in Bielefeld im Jahr 2050?“ zu beantworten suchten. Die Diskussionsergebnisse, auch vom Seniorenrat der Stadt Bielefeld intensiv erörtert, flossen als demografiepolitische Ziele in das strategische Demografiekonzept „Demografischer Wandel als Chance?“ ein.

Gibt es eine (Angebots-)Koordination mit anderen relevanten Organisationen (Kirchen, Sozialdienste, Sportvereine ...)?

Zur Entwicklung einer generationengerechten Stadt, die auf die demografischen Herausforderungen eingestellt ist, braucht es themenübergreifendes Ar-



beiten mit Vernetzung einzelner Fachplanungen für Bauen und Wohnen, Altenhilfe, Gesundheit oder Kultur.

Im Demografieprojekt „Räume der Zukunft“ zur Stadtteilentwicklung etwa entwickelten verschiedene Akteure – städtische Planer_innen, Vertreter_innen aus Wohnungswirtschaft, Einzelhandelsverbänden, Universität und Stadtmarketing – Instrumente zur Untersuchung von Stadtteilen, um zu individuell passgenauen Lösungen für deren Zukunft zu gelangen. Im Fokus standen dabei die Situation von Kindern im Stadtteil, Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund und barrierefreie Wohnraumgestaltung nicht allein für ältere Menschen.

Ziel war die Entwicklung familienfreundlicher Quartiere, in denen wohnortnahe Gesundheitsversorgung, Betreuung und Pflege ebenso wie kulturelle Teilhabe und Möglichkeit sozialer Kontakte gewährleistet sind. Diese Vorschläge dienen jetzt als „Werkzeugkasten“, Anregung und Leitfaden auch für andere Stadtteile.





5

Ältere als Bereicherung –
Potenziale für das Ehrenamt

Ältere als Bereicherung – Potenziale für das Ehrenamt

„Wenn ich in den Ruhestand gehe, dann ...“

Dieser Satz wird von den Menschen auf ganz unterschiedliche Weise vervollständigt. Manche möchten der Familie, die während der Berufsphase möglicherweise zu kurz gekommen ist, mehr Zeit widmen. Andere wollen ihre Kinder, zum Beispiel bei der Betreuung der Enkel, unterstützen oder sich um hilfsbedürftige Angehörige, oft die Eltern oder Schwiegereltern, kümmern. Einige haben nun endlich die Zeit für ein Hobby, das viele Jahre kaum gepflegt werden konnte. Schließlich ist auch die Möglichkeit, sich jetzt Zeit nehmen zu können, um die Welt zu erkunden, für viele ein wichtiger Bestandteil ihres neuen Lebensabschnitts.

Aber für eine große Zahl der Menschen steht als Antwort nur ein großes Fragezeichen. Sie haben noch keine Vorstellung davon, was sie mit der nun gewonnenen Zeit machen werden. Vor diesem Hintergrund bietet ehrenamtliches Engagement erhebliche Potenziale nicht nur für die Älteren selbst, sondern für die gesamte kommunale Gemeinschaft. Aber ein Einstieg in eine ehrenamtliche Aufgabe ist leichter gesagt als getan. Denn wer bisher noch nicht ehrenamtlich tätig war, wird sich die Frage stellen: „Ich möchte etwas tun – aber was?“ Zwar gibt es eine Fülle von Aufgaben und Tätigkeiten, die aber dem Einzelnen oft gar nicht be-

kannt sind. Auch wenn eigentlich jede/jeder ein Ehrenamt ausfüllen kann, so können doch Zweifel an den eigenen Fähigkeiten aufkommen: „Was kann ich denn anbieten? Bin ich überhaupt geeignet?“

Engagement im Alter

An dieser Stelle setzen **Ehrenamtsbörsen** oder **Ehrenamtsagenturen** an, die es in vielen Kommunen gibt. Sie sollen Interessierten Möglichkeiten zeigen, wie sie sich ehrenamtlich engagieren können. Zugleich sollen sie dazu beitragen, Hemmschwellen abzubauen („Ich kann doch nicht einfach da hingehen und sagen, dass ich mitmachen möchte“).

Nicht alle ehrenamtlichen Funktionen lassen sich ohne **Qualifizierung** ausfüllen. Daher ist es wichtig, sich vorher bei der Ehrenamtsbörse zu erkundigen, ob Vorkenntnisse erforderlich sind und wie diese erworben werden können. So sind viele Ältere gerne Gästeführer in ihrer Stadt/Gemeinde; für dieses neue Amt müssen sie allerdings wieder „auf die Schulbank“. Bisweilen können zum Beispiel Kenntnisse aus der Berufstätigkeit gut genutzt werden wie bei Existenzgründungs- oder Ausbildungslotsen. Hier gilt: „Alt hilft Jung“. Eine seit Jahrzehnten aktive Institution ist der „Senior Expert Service“.

Schaubild 14: Beispiel für ein Angebot bei einer Ehrenamtsbörse

Sie möchten sich ehrenamtlich engagieren? Sie möchten etwas von Ihrer Zeit verschenken, um anderen zu helfen? Hier können Sie Ihre Hilfe anbieten und so vielleicht eine erfüllende Tätigkeit finden.

Angaben zur Person:	Ich bin ... Jahre alt und arbeite als Krankenschwester im Klinikum in ... Ab dem ... 2015 bin ich im Ruhestand und bin daher bereit, meine Zeit für Kinder zu spenden und mit Ihnen an ein oder zwei Tagen in der Woche Zeit zu verbringen.
Angebotenes Engagement:	Vorlesen von Kindergeschichten.

Quelle: <http://www.lippe.de/ehrenamtsboerse/index.php?id=7>

„Der SES – die Stiftung der Deutschen Wirtschaft für internationale Zusammenarbeit – ist die führende deutsche Entsendeorganisation für ehrenamtliche Fach- und Führungskräfte im Ruhestand. Seine Expertinnen und Experten geben weltweit Hilfe zur Selbsthilfe: in Entwicklungs- und Schwellenländern, aber auch in Deutschland. In Deutschland setzt sich der SES insbesondere für junge Menschen in Schule und Ausbildung ein. Zurzeit sind beim SES fast 12.000 Expertinnen und Experten registriert. Seit seiner Gründung im Jahr 1983 hat der SES über 35.000 Einsätze in mehr als 160 Ländern durchgeführt.“

Quelle: [http://www.ses-bonn.de/aktuelles-presse/presseinfos/news/article/senior-experten-service-ses-stellt-jahresbericht-vor-wissen-der-generation-ruhestand-im-in.html?tx_ttnews\[backPid\]=67&cHash=88d1fb54aa1dbcb5a855225a5ed792bd](http://www.ses-bonn.de/aktuelles-presse/presseinfos/news/article/senior-experten-service-ses-stellt-jahresbericht-vor-wissen-der-generation-ruhestand-im-in.html?tx_ttnews[backPid]=67&cHash=88d1fb54aa1dbcb5a855225a5ed792bd)

„Manche entdecken im Ruhestand ihre Freude am Beruf noch einmal neu. In der Offenburger Seniorenwerkstatt packen ehemalige Handwerker gegen eine Materialkostenpauschale an, ein Architekt berät zum altersgerechten Wohnen und einstige Unternehmer helfen Unternehmensgründern.“

Quelle: Berlin-Institut, Stadt für alle Lebensalter, Berlin, November 2014, S. 68

Angesichts der klammen öffentlichen Kassen sind viele Kommunen darauf angewiesen, dass Freiwillige zum Beispiel bei kleineren Baumaßnahmen, bei der Beschilderung von Wegen oder der Gestaltung von Gedenktafeln im Ort mitmachen. Dabei können Ältere hand-

werkliche Fähigkeiten, aber auch persönliche Erfahrungen einbringen. Auch der Einsatz für „vergessene“ Denkmäler kann ein wichtiger Beitrag zum Ortsleben sein.

„Auch wenn Bewohner im erwerbsfähigen Alter fehlen, existiert in den Ortsteilen ausreichend Potenzial für gemeinschaftliches Engagement. Besonders unter den jungen Rentnern gibt es eine wachsende Zahl gut ausgebildeter, gesunder und aktiver Menschen, die dazu bereit wären oder zu überzeugen sind, einen Teil ihrer Freizeit dem Zusammenleben in der Gemeinde zu widmen. Sie gilt es anzusprechen, zu umwerben und zu unterstützen.“

Quelle: Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung, Dezentrale Betreuung in ländlichen Räumen, Gutachten, Berlin April 2012, S. 49 http://www.berlin-institut.org/fileadmin/user_upload/Dasseinsvorsorge_laendlicher_Raum/Dezentrale_Betreuung_in_laendlichen_Raumen_in_den_vier_Staedten_der_Staedtepartnerschaft_01.pdf

Wer sich ein ganz neues Betätigungsfeld, das mit seiner bisherigen beruflichen Tätigkeit in keiner Verbindung steht, erschließen möchte, sollte sich zuvor mit den hierzu notwendigen Anforderungen auseinandersetzen. Das gilt nicht nur inhaltlich, sondern umfasst auch das **zeitliche Engagement**. Denn nicht jeder möchte sich gleich für einen langen Zeitraum binden, sondern sein Engagement vielleicht zunächst nur auf ein Projekt begrenzen, zum Beispiel im Bereich der Landschaftspflege, bei der Organisation einer Themenwoche oder der Vorbereitung eines Partnerschaftsfestes.

Ehrenamtsbörsen informieren stets auch über Anfragen von Institutionen, die ehrenamtliche Hilfe suchen (Schaubild 15):

Schaubild 15: **Das zum Beispiel kann man in Landau in der Pfalz machen:**

Wir vermitteln im sozialen Bereich, wie beispielsweise

- eine Gast-Oma oder einen Gast-OPA für junge Familien
- Lesepaten oder Hausaufgaben-Hilfen für Schulen
- Mitmacherinnen und Mitmacher für soziale Einrichtungen und Vereine
- ältere Menschen für Kontakt untereinander oder mit bestimmten Interessen

Aktuell suchen wir:

- Schwimm-Omas und Schwimm-Opas als Unterstützung von DLRG-Ausbildern beim Kleinkinderschwimmen
- Menschen, die bei Krankenhausbesuchsdiensten mitmachen
- Gartenhilfe für protestantischen Kindergarten in Landau
- Assistenz von Rollstuhlfahrern bei Kino- und Theaterbesuchen
- Helferinnen und Helfer für die Kinder- und Jugendfarm Landau
- Lernpaten für Schülerinnen und Schüler der 5. Klassen an der IGS Landau
- Ehrenamtliche für die Mitarbeit beim Kinderschutzbund Landau

Quelle: <http://www.ehrenamtsboerse-landau.de/angebote/>

Ehrenamtliche Hilfe soll nicht vergütet werden, aber selbstverständlich sollen entstandene Kosten wie zum Beispiel für Fahrten ersetzt werden. Um das ehrenamtliche Engagement jedoch zu würdigen, nutzen viele Kommunen eine sogenannte „**Ehrenamts-card**“, die ehrenamtlich Tätigen Vergünstigungen beim Besuch von öffentlichen und privaten Einrichtungen und Veranstaltungen bieten. In Hessen sind es mehr als 1.500 Anbieter wie zum Beispiel Sportclubs, Museen, Kinos, Freizeitparks oder Einzelhandelsgeschäfte. Allerdings ist Voraussetzung, dass die ehrenamtliche Tätigkeit eine bestimmte Anzahl von Stunden in der Woche bzw. im Jahr ausgeübt wird. Das wiederum muss von der Organisation, für die die Tätigkeit durchgeführt wird, bescheinigt werden. Für das nicht-organisierte Ehrenamt kann die Karte insofern nicht genutzt werden.



„Bin ich denn versichert, wenn ich mich ehrenamtlich engagiere?“ Dabei geht es vor allem um eine **Unfallversicherung**, falls auf dem Weg oder bei der Ausübung des Ehrenamtes etwas passiert. Viele Vereine sind entsprechend abgesichert. Ansonsten kann die gesetzliche Unfallversicherung in Anspruch genommen werden. Dies gilt jedoch nicht uneingeschränkt. Das Ehrenamt muss im Auftrag oder mit Einwilligung der Kommune ausgeübt werden. Daher ist es wichtig, sich vorher in einer Ehrenamtsbörse die notwendigen Informationen zu besorgen.

Neben der fachlichen Qualifizierung für eine bestimmte Aufgabe gibt es auch weitere Fähigkeiten und Kenntnisse, die für das Ehrenamt bedeutsam sein können. Dazu gehören **rechtliche Grundkenntnisse**, aber auch **soziale Kompetenzen**. Viele Kommunen – wie in interkommunaler Zusammenarbeit die Städte Bensheim, Heppenheim, Lampertheim und Viernheim in Hessen – bieten hierfür umfangreiche Fortbildungsmöglichkeiten:





Zwei wichtige Konfliktfelder allerdings müssen noch erwähnt werden. Ehrenamtliches Engagement von Senioren darf keine Erwerbsmöglichkeiten Jüngerer verdrängen. Denn Senioren sollen **nicht als „billige“ Arbeitskräfte** missbraucht werden. Auch um das auszuschließen ist es sinnvoll sich an eine Ehrenamtsbörse zu wenden, die in der Regel über Informationen zu einem konfliktfreien Einsatz im Ehrenamt verfügen sollte.

Ehrenamtliches Engagement findet oft in bereits bestehenden Ehrenamtsstrukturen statt. Hier ist es wichtig, dass jene, die neu hinzustoßen möchten, von den „etablierten Ehrenamtshasen“ akzeptiert und integriert werden. Es wäre schade, wenn dadurch, dass sich eine Initiative als „closed shop“ versteht, Engagement nicht zum Tragen kommt. Denn letztlich ist jeder Verein, jede Initiative darauf angewiesen, dass neue Menschen mit neuen Ideen und Fähigkeiten als Bereicherung und zur langfristigen Sicherung der Arbeit dazukommen.

... und umgekehrt – Engagement für Ältere?

Selbstverständlich gibt es auch viele Menschen, die ehrenamtlich Älteren helfen, sei es indem sie Ihnen

Hausarbeiten abnehmen, Einkäufe oder Behördengänge für sie erledigen – oder sich einfach nur Zeit nehmen, um mit den Älteren zu sprechen oder bei ihnen zu sein. Dies können Menschen jeden Alters sein. Auch hier kann die Kommune, gegebenenfalls mit anderen Organisationen zusammen, die Rolle des Initiators und Organisators übernehmen:

„Seit ... findet im Kreis Euskirchen regelmäßig im Herbst die sog. Woche der Generationen (im Original hervorgehoben, d. Verf.) statt. Während der Aktionswoche bieten Kindergärten, Schulen, Vereine und Pflegeeinrichtungen in den elf kreisangehörigen Städten und Gemeinden des Kreises Euskirchen abwechslungsreiche Mitmachaktionen für alle Generationen an. Das bunte Programm reicht vom Handytraining für Senioren über gemeinsame Spiele- und Sportnachmittage bis zum Nageldesign im Pflegeheim.“

Quelle: Bundesministerium für Bildung und Forschung, Demografie-Atlas Deutschland: Land der demografischen Chancen, September 2013, S. 50

Eine Möglichkeit, sich für Ältere zu engagieren, bietet sich für Jugendliche im Rahmen eines Freiwilligen Sozialen Jahres (**FSJ**). Breiter angelegt ist der **Bundesfreiwilligendienst**, der für alle Altersgruppen zugänglich ist. Beide Formen sind allerdings organisationsgebunden, das heißt das Ehrenamt wird über eine Organisation wahrgenommen und ist auf einen bestimmten, längeren Zeitraum ausgelegt.

Lange Zeit galten Initiativen **„Jung hilft Alt“ im Umgang mit elektronischen Medien** als besonders gefragt. Nach wie vor erfreuen sich solche Projekte großer Beliebtheit. Mit dem Eintritt neuer Generationen in das Rentenalter wird sich dies möglicherweise ändern, denn die Zahl derjenigen Älteren, die schon berufsbedingt mit elektronischen Medien bereits vertraut sind, wird rasch zunehmen. Eine weitere interessante Form sind **Schulpatenschaften** mit Seniorengruppen/-heimen, in deren Rahmen Ältere in die Schule eingeladen werden („Schule heute – Schule früher“) oder einzelne Klassen oder Arbeitsgruppen die Älteren besuchen. Die Älteren übernehmen dann die Rolle der Zeitzeugen, indem sie zum Beispiel darüber berichten, wie ihre Großeltern gearbeitet haben, oder dass Familienangehörige ausgewandert sind. Ebenso können sie berichten, wie sie zeitgeschichtliche Ereignisse, wie beispielsweise das Kriegsende 1945, die Aufarbeitung der nationalsozialistischen Vergangenheit, die Ostpolitik oder den Fall der Mauer 1989 erlebt haben. Dazu kann natürlich ebenso der Bericht über eigene Erfahrungen in der Entwicklungsarbeit/Wiederaufbauarbeit in anderen Ländern zählen.

Ein relativ neues Betätigungsfeld sind sogenannte **Taschengeldbörsen**, die in zahlreichen Kommunen eingerichtet worden sind. Sie funktionieren sehr einfach und ähneln insoweit Ehrenamtsbörsen. Ein wichtiger Unterschied besteht allerdings darin, dass die Jugendlichen, die über die Taschengeldbörse vermittelt werden, für ihre Hilfe ein kleines Entgelt, eben das „Taschengeld“, von den Älteren erhalten.

„Hannah ist 15 Jahre alt und spart schon fleißig für den Führerschein. Seit sie Mitglied in der Solinger Taschengeldbörse TABS ist, fällt es ihr leichter, Geld zurückzulegen. An den Wochenenden hilft sie Seniorinnen und Senioren bei Haus- und Gartenarbeiten, die älteren Menschen zuweilen schwer fallen ... Christoph Kühn, stellvertretender Geschäftsführer der AWO (Träger des Projekts, d. Verf.) erklärt: ‚Aktuell sind insgesamt 600 Jugendliche erfasst und 500 Adressen von Jobgebern. Primär handelt es sich dabei um Seniorinnen und Senioren ... Auch junge Familien und Menschen mit Behinderung, die Hilfe brauchen, sind bei uns willkommen.‘ Das empfohlene Mindesttaschengeld beträgt 5 Euro pro Stunde. Ein Betrag, der sehr oft freiwillig überschritten wird ... Und Christoph Kühn ergänzt: ‚...Es ist uns ein besonderes Anliegen, dass Jugendliche und Senioren aus demselben Quartier miteinander vernetzt werden und so tragfähige Beziehungen zwischen Jung und Alt entstehen.‘“

Quelle: Moderne Nachbarschaftshilfe, Kommunal., 5/2015, S.50f.

Das Ehrenamt ist eine gute Möglichkeit, sich auch nach Ende der Berufstätigkeit oder der Familienphase aktiv in das örtliche Leben einzubringen. Für die Kommunen ist dies ein wichtiges Potenzial, das sie fördern und unterstützen sollte. Ehrenamtsbörsen, Anlaufstellen in der Verwaltung, Weiterbildungsangebote und Anerkennung sind hierbei wichtige Faktoren. Selbstverständlich ist die Übernahme eines Ehrenamtes stets eine individuelle Entscheidung. Zudem ist es keine Einbahnstraße für Ältere; sie sollten das Gefühl haben, dass sich umgekehrt auch andere in der Kommune für sie engagieren, wenn sie Unterstützung brauchen



6

Wohnen – Stimmt das
persönliche Umfeld?

Wohnen – Stimmt das persönliche Umfeld?

Die Wohnung – baulich ...

Die vielleicht wichtigsten Faktoren für ein selbstbestimmtes Leben im Alter sind die Wohnung und das unmittelbare Wohnumfeld (s. Erfahrungsbericht S. 55). Die erste Frage betrifft die Barrierefreiheit – oder genauer: die **Barrierearmut**. Sind alle Räumlichkeiten problemlos auch mit Gehhilfe oder Rollstuhl zu erreichen? Viele Wohnungen im Bestand erfüllen diesen Standard nicht; ein Umbau ist in jedem Fall kostspielig. Soweit es sich um selbstgenutztes Eigentum handelt, müssen sich die Eigentümer fragen, ob ein Umbau möglich und finanzierbar ist. Dies sollte möglichst frühzeitig geschehen, denn mit zunehmendem Alter nimmt die Bereitschaft, an der eigenen Wohnung Grundlegendes zu ändern, erfahrungsgemäß ab. Auf diese Entscheidung kann die Kommune keinen direkten Einfluss nehmen. Ihre Aufgabe besteht darin, über Beratungsangebote und Förderprogramme zu informieren.

Soweit es sich um Mietwohnungen handelt, hängt deren barrierearme Ausgestaltung vom Willen des Eigentümers ab, der auch die längerfristige Vermietbarkeit im Auge haben muss. Denn eine Wohnimmo-

bilie hat eine Nutzungsdauer von mindestens 50 Jahren. Sind die Trends von heute auch der Bedarf von morgen? Wichtige Antworten auf die Zukunft des Wohnungsmarktes können eine regelmäßige **Wohnungsmarktbeobachtung**, aber auch gezielte Wohnungsmarktgutachten liefern. Sie werden in der Regel von größeren Kommunen, Planungsverbänden, aber auch von Ländern in Auftrag gegeben.

Auch bei Mietwohnungen kann die Kommune mit Informationsangeboten versuchen, Impulse für die Umgestaltung von Wohnraum zu geben. Dabei ist zu beachten, dass gleichzeitig auch die energetische Sanierung erreicht werden sollte. Sofern Eigentümer nicht zum Umbau bereit sind oder die Miete nach dem Umbau nicht mehr tragbar ist, bietet sich für Ältere die Möglichkeit eines Wohnungswechsels. Das setzt voraus, dass es entsprechende barrierefreie (und bezahlbare) Mietwohnungen gibt. Zudem ist der Wechsel möglicherweise mit dem Verlust des vertrauten Wohnumfeldes verknüpft.

Außerdem gibt das Baugesetzbuch den Kommunen die Möglichkeit, planungsrechtlich **Flächen für Personen mit besonderem Wohnungsbedarf** festzu-



setzen (§ 9 Abs. 1 Nr. 8 BauGB). Dazu gehören auch barrierefreie Wohnungen. Eine besondere Rolle bei der Versorgung mit solchem Wohnraum kommt den kommunalen und den ehemals gemeinnützigen Wohnungsgesellschaften zu, auf deren Geschäftspolitik die Kommune unmittelbar oder mittelbar Einfluss nehmen kann. Dies sollten Kommunen, die aus fiskalischen Gründen einen (Teil-)**Verkauf von Wohnungsunternehmen** erwägen, sehr gründlich bedenken.

... und technisch

Neben der baulichen kommt auch der technischen Ausstattung der Wohnung eine große Bedeutung zu. Zu den häufig geäußerten Sorgen allein lebender älterer Menschen zählt die Befürchtung, aufgrund eines Sturzes oder einer Herzattacke bewegungsunfähig in der Wohnung zu sein, ohne Hilfe rufen zu können. Hier helfen Notsignalknöpfe am Bett oder im Bad bzw. sogenannte Sturzarmbänder, um den Rettungsdienst zu alarmieren. Eine – nicht auf den Akutfall bezogene – andere Möglichkeit sind **Telefonketten**, mit denen sich ältere Menschen täglich zu bestimmten Zeiten gegenseitig anrufen, um sich zu vergewissern, dass „alles in Ordnung ist“. Weitergehende informationstechnisch gesteuerte Assistenzsysteme, die unter dem Stichwort „smart home“ zusammengefasst werden, stoßen allerdings (noch) auf viele Vorbehalte. Es ist zu erwarten, dass nachfolgende Senioren generationen diesen Hilfsmitteln wesentlich unbefangener gegenüberstehen werden.

Daneben sind andere technische Hilfsmittel sinnvoll. Über sie informiert die von der Handwerksorganisation initiierte mobile Wohnberatung. Beispielhaft sei hier das flächendeckende Angebot der Handwerkskammer Mannheim/Rhein-Neckar-Odenwald genannt. Mit einer umfassenden Checkliste kann jeder selbst seine Wohnung auf folgende Faktoren überprüfen:

Ist meine Wohnung/mein Haus fit für die Zukunft? (Checkliste)

- Gibt es Stolperfallen?
- Sind die Böden/Treppen rutschfest?
- Sind Rauchmelder installiert?
- Sind Warnmelder bei nicht geschlossenen Fenstern, nicht abgeschalteten Herdplatten vorhanden?
- Reichen die Türbreiten aus?
- Ist für gute Beleuchtung gesorgt?/ Existiert eine Nachtbeleuchtung?
- Sind die Rollläden einfach zu bedienen?
- Sind Hauseingang, Hausnummer und Klingelschilder gut beleuchtet?
- Bleibt die Flurbeleuchtung im Treppenhaus lange genug an?
- Ist eine Gegensprechanlage/ein Spion vorhanden?
- Können alle Schrankflächen gut erreicht werden?
- Können Arbeiten in der Küche auch im Sitzen erledigt werden?
- Sind an wichtigen Stellen (Bett, Bad, Toilette) Haltegriffe vorhanden?
- Ist der Ein- und Ausstieg aus dem Bett problemlos möglich?

Nach: www.mobile-wohnberatung.de



Grundsätzlich sollen Ältere in der Lage sein, alle Aufgaben im Haushalt selbst zu erledigen; das gehört zum selbstbestimmten Leben. Trotzdem kann es Dienstleistungen geben, die Ältere nicht oder nur schwer übernehmen können. Dazu zählen zum Beispiel die Reinigung des Treppenhauses, die Gehweg-/Straßenreinigung, die Schneeräumung oder die Verbringung von Abfallgefäßen an die Straße. Bei Miet-/Eigentumswohnungsanlagen bieten sich professionelle Hausmeisterdienste an – vorausgesetzt der/die Eigentümer bieten eine solche (über Nebenkosten abzurechnende) Leistung an. Für Ältere, die im eigenen Haus wohnen, bleiben nur – sofern Nachbarschaftshilfe nicht organisiert werden kann – individuelle Lösungen. Dabei spielt es eine große Rolle, dass die Dienstleister mit konstantem Personal arbeiten. Sofern häufige Personalwechsel stattfinden, reduziert sich das Sicherheitsgefühl – im Übrigen nicht nur Älterer. Das gilt natürlich in ganz besonderem Maße, wenn Ältere auf Haushaltshilfen angewiesen sind.

Neue Wohnformen im Alter?

Die Vereinzelung vieler älterer Menschen hat dazu geführt, dass neue (vor einigen Jahrzehnten für Ältere noch „undenkbare“) Wohnformen auf vermehrtes Interesse stoßen. Dazu zählen vor allem **Wohngemeinschaften**, die nicht nur Ältere umfassen müssen. Diese Wohngemeinschaften zeichnen sich meist durch ein hohes Maß an Privatheit aus, indem die einzelnen Wohneinheiten abgeschlossen sind. Ziel solcher Wohngemeinschaften ist es, neben der gegenseitigen Unterstützung auch für mehr Kontakte untereinander zu sorgen. In eine ähnliche Richtung weist auch das sogenannte **Bielefelder Modell** (Schaubild 16). Gemeinschaftliche Wohnformen sind keineswegs nur auf zentrale Orte beschränkt; sie finden sich auch in kleineren Orten oder Ortsteilen. Allerdings bleiben solche Wohnprojekte (bisher noch) die Ausnahme.

Schaubild 16: **Das Bielefelder Modell**

„Die Besonderheit des „Bielefelder Modells“ ist ein quartiersbezogener Ansatz des Wohnens mit Versorgungssicherheit ohne Betreuungspauschale. Einbezogen in bestehende Wohnquartiere und in guter infrastruktureller Anbindung bietet die BGW älteren Menschen oder Menschen mit Behinderung komfortable und barrierefreie Wohnungen. Kombiniert ist dieses Angebot mit einem Wohncafé als Treffpunkt und Ort der Kommunikation, der allen Menschen in der Nachbarschaft offen steht. Gleichzeitig ist ein sozialer Dienstleister mit einem Servicestützpunkt und einem umfassenden Leistungsangebot rund um die Uhr im Quartier präsent. Alle Mieter können auf die Hilfs- und Betreuungsangebote zurückgreifen, müssen diese aber nur im tatsächlichen Bedarfsfall bezahlen.“

Das „Bielefelder Modell“ basiert auf folgenden Säulen:

1. Versorgungssicherheit ohne Betreuungspauschale
2. Sicherheit durch Dauermietvertrag
3. Barrierefreie Wohnungen
4. Wohncafé auch als Treffpunkt für gemeinsame Mahlzeiten
5. Gästezimmer
6. Servicestützpunkt
7. Versorgungssicherheit rund um die Uhr
8. Behandlungspflege im Bereich der ärztlich verordneten Anwendungen
9. Begleitung von Aktivitäten, Hobbys, Kultur und Freizeit
10. Eingliederungshilfe für jüngere Menschen (Frührentner)
11. Familienverhinderungspflege
12. Unterstützung von Selbsthilfeaktivitäten
13. Begegnungen der Generationen
14. Vermittlung von Hauswirtschafts- und Pflegediensten
15. Förderung der Dienstleistungsvielfalt“

Quelle: <http://www.bgw-bielefeld.de/bielefelder-modell.html>

Wohngemeinschaften mit Gemeinschaftseinrichtungen (Küche, Bad, Gemeinschaftsraum) gibt es für Pflegebedürftige, die sich nach Möglichkeit selbst versorgen sollen, so zum Beispiel auch für **Demenzkranke**. Soweit erforderlich werden Betreuungs- und Unterstützungsleistungen durch entsprechende Dienstleister erbracht. Diese Projekte können dazu beitragen, auch bei Pflegebedürftigkeit den Verbleib in der eigenen Wohnung so lange wie möglich sicherzustellen. Insofern dürften sie im Laufe der Zeit an Bedeutung gewinnen.

Die Entscheidung für gemeinschaftliches Wohnen treffen die Menschen selbst, die Kommune kann nur begleitend tätig sein. Eine wichtige Möglichkeit ist die Organisation bzw. Unterstützung von Veranstaltungen, in denen Erfahrungsberichte aus bereits bestehenden Gemeinschaften präsentiert werden. Auch die Organisation einer (selbstfinanzierten) Studienfahrt zu existierenden Projekten ist denkbar.

Ein gutes Wohnumfeld

Für das Lebensgefühl ist neben der Wohnung auch das Wohnumfeld von erheblicher Bedeutung. Eine wichtige Komponente ist die **Nachbarschaft**. Gibt es eine Kommunikation in der Nachbarschaft? Sind Nachbarschaftshilfen üblich oder können sie organisiert werden? Wie hoch ist die Fluktuation, ist eine Siedlung gemeinschaftlich „gealtert“? Können Wohnungsnachfolger in die Nachbarschaft integriert werden? Ein gutes Nachbarschaftsklima gibt den Menschen im Quartier – keineswegs nur den Älteren – ein besseres Sicherheitsgefühl.

Hinzu kommen andere Anforderungen im Hinblick auf das Umfeld, die die **Zugänglichkeit** des Hauses (Außentreppe), den Zustand der **Wohnwege**, eine helle **Ausleuchtung** der Straße und Ähnliches betreffen. Dazu gehören aber auch Sitzgelegenheiten im Straßenraum oder kleinere Grünflächen in der Nähe



der Wohnung. Zumindest im öffentlichen Raum ist die Zuständigkeit der Kommune gegeben. Ortsbegehungen mit den Anwohnern – nach Möglichkeit generationenübergreifend, um die Probleme aller Menschen zu erfassen – sollen dazu dienen, Problemflächen oder -zonen zu identifizieren und zu beseitigen.

Denn ein vertrautes und sicheres Wohnumfeld motiviert die Menschen, auch am täglichen Leben außerhalb teilzunehmen. Sie wollen nicht – wie in der Vergangenheit oft üblich – fernab im Grünen sitzen, sondern mitten im Leben bleiben. So kann der Vereinzelung entgegengewirkt werden, die durch Angebote wie „Essen auf Rädern“ eher noch gefördert wird. Ein interessantes Projekt einer Mittagsverpflegung ist die sogenannte **Quartiersmensa** in Speyer-West:

„Beliebter Treffpunkt ist die Mensa, die nicht nur Berufstätigen und Bürger/innen aus dem Stadtteil ein frisches und gutes Essen in der Mittagspause bietet, welches von der Kantine Katrin Keller täglich frisch zubereitet und angeliefert wird, sondern auch Senior/innen die Möglichkeit gibt, sich zu treffen. Darüber hinaus nehmen auch die Kinder der Hausaufgabenbetreuung hier ihren Mittagstisch ein. Das Essen liefert das in direkter Nachbarschaft gelegene Kinderhaus St. Hedwig. Viele Mieter/innen aus umliegenden GEWO-Wohnungen gehören zu den Stammgästen, die die Mischung aus Mensa und Treffpunkt nicht mehr missen wollen. Einige nutzen nicht nur das Mittagessen-Angebot, sondern genießen danach in fröhlicher Runde auch noch Kaffee und den selbstgebackenen Kuchen – kein Wunder bei den fairen Preisen.“

Quelle: <http://www.gewo-leben.de/index.php/2013-07-09-19-38-04/willkommen-in-q-h>

Drei Fragen an Alfred Böhmer, Geschäftsführer der GEWO Wohnen GmbH Speyer



1. *Wie beurteilen Sie den Bedarf an altersgerechten Wohnungen?*

Der Bedarf wird in den kommenden Jahren steigen. Jedes Wohnungsunternehmen ist gut beraten, hier Vorsorge zu treffen und zu handeln. Wenn man diesen Wohnraum mit barrierefreiem Zugang, Bädern etc. in seinen Beständen unter dem Gesichtspunkt des „bequemen Wohnens“ betrachtet und bewirbt, werden Nutzergruppen in allen Altersschichten angesprochen.

2. *Wie schätzen Sie die Bereitschaft zu generationenübergreifenden Wohnen ein?*

Nun, das machen wir ja schon, wenn die Bestände eine gute Wohnungsmischung (groß und klein) in den Quartieren haben.

3. *Sind Senioren-Wohngemeinschaften ein Zukunftsmodell?*

Wir haben schon mehrere Gruppen des „gemeinschaftlichen Wohnens“ moderiert, aber es kam zu keiner Umsetzung. Derzeit wird eine Wohngemeinschaft für Demente geplant.

Erfahrungsbericht von Christof Henn, Geschäftsführer a.D. der GSG Neuwied

Wohlbehütet im Herzen der Stadt

63 bezahlbare 1-2 Personenwohnungen für betreutes Wohnen errichtete die Gemeindliche Siedlungsgesellschaft Neuwied 2005/2006 in der Innenstadt von Neuwied.

Was war das Konzept, wie wurde es umgesetzt und welche Erfahrungen liegen nach fast zehn Jahren vor?

Ausgangslage:

Die Zahl der älteren Bevölkerung – insbesondere der Hochbetagten über 80 – nimmt erheblich zu. Einschränkungen der Mobilität erfordern barrierefreie beziehungsweise rollstuhlgerechte Wohnungen. Der Wunsch nach eigenständigem Wohnen auch im Alter ist sehr groß.

Mit betreutem Wohnen kann der Umzug ins Pflegeheim lange hinausgezögert werden. Dies verringert auch die gesellschaftlichen Kosten, da die tendenziell sinkende Rente die Gesamtkosten eines Pflegeheims nicht deckt.

Umsetzung:

Wegen der bezahlbaren Mieten kam nur Sozialer Wohnungsbau infrage. Die Einkommensgrenzen für mittlere Einkommen wurden im Rahmen der Vereinbarten Förderung um 20 Prozent erhöht. Ein Ehepaar mit 2.500 Euro monatlich erhält so einen Wohnberechtigungsschein. Die Anfangsmieten betragen 4,90 Euro/qm (heute 5,38) beziehungsweise 5,29 (heute 6,20) mit jährlichen Steigerungen von 0,14. Die Wohnungsgrößen liegen zwischen 45 und 60 qm.

Bebaut wurde wegen Umzugs der Stadtverwaltung ein freigewordenes Parkplatzgrundstück in der Innenstadt. Ein daneben stehendes Abrisshaus konnte zusätzlich erworben werden. Die Entfernung zur Fußgängerzone beträgt 300 Meter, die Balkone haben Rheinblick, der direkt am Rhein gelegene Schlosspark ist fußläufig in zehn Minuten erreichbar.

Ausstattung:

- Alle Wohnungen wurden nach DIN 18025, Teil 2 errichtet, d. h. rollstuhlgerecht
- Fußbodenheizung mit Grundwasserwärmepumpe für niedrige Energiekosten
- Zentrale Abluftanlage mit Wärmerückgewinnung für die Warmwasserbereitung
- Türsprechanlage an Wohnungstür und Bett (für ambulante Dienste)
- Auch die Wohnungsabschlusstür ist elektrisch zu öffnen und hat einen zusätzlichen Spion in Stuhlhöhe
- Zentrale Abschaltung von Lampen und Steckdosen
- Alle Flächen – auch Keller – sind über Aufzug erreichbar
- Bodengleiche Duschen, plus Badewanne für 2-Personen-Wohnungen.
- Vorrichtung zur Anbringung von technischen Hilfsmitteln im Badezimmer
- Anschlüsse für Waschmaschine und Trockner im Bad
- Abstell- und Auflademöglichkeit für Rollstühle auch außerhalb der Wohnung
- Zwei Gemeinschaftsräume mit Teeküche im Dachgeschoss
- Drei große Dachterrassen, davon zwei mit Rhein- und Eifelblick
- ein Besucherappartement, komplett möbliert
- Trockenraum im Keller
- Abstellräume in der Wohnung und im Keller
- 18 PKW-Stellplätze im Kellergeschoss zur Anmietung
- DRK-Notruf pauschaliert extra

Die tatsächlichen Baukosten lagen unter Plan, so konnte eine „Smart Home“-Ausstattung für alle Wohnungen installiert werden: Rollläden Lampen, Steckdosen und Türen können über Computer/Smartphone gesteuert werden. Technisch unterstütztes Leben für Gesundheit, Sicherheit, Komfort und Kommunikation ist möglich.

Betreutes Wohnen:

Die Auflagen der Wohnbauförderung für betreutes Wohnen waren dreifach:

1. Notruf
2. Hausmeisterdienste
3. Ansprechpartner für allgemeine Fragen, Behörden, ambulante Dienste etc.

Für diese drei Dienste wurde eine zusätzliche Aufwandsentschädigung von 40 Euro/qm erhoben, davon 26 Euro für den Notruf.

Die Beratungsbetreuung erfolgte durch ein der Straße gegenüber liegendes Pflegeheim. Deren Hausmeister standen den Bewohnern für kleinere Dienstleistungen zur Verfügung. Die Reinigung der Gemeinschaftsflächen und Flure wurde über Betriebskosten abgerechnet

Erfahrungen:

Smart Home wurde nicht angenommen. Es waren keine Erfahrungen mit Computern vorhanden. Die Kosten waren damals (2.500 Euro) auch zu hoch. Heute sollte ein neuer Versuch mit dem technischen Assistenten PAUL gestartet werden.

Die Betreuungspauschale wurde wegen der Kosten kritisiert und als unnötig angesehen:

Ein verbindlicher Notruf sei für ein siebzijähriges Ehepaar in der Regel nicht notwendig. Eine Bedarfslösung sei besser. Durch die flächendeckende Einrichtung von Pflegestützpunkten in Rheinland-Pfalz sei die Beratung auch kostenlos gesichert.

Die Gemeinschaftsräume werden zwar genutzt, aber die Nutzung erfüllt nicht die Erwartungen.

In Umfragen bestätigen dennoch fast alle Bewohner ihre große Zufriedenheit mit dem Wohnprojekt „Seniorenresidenz Rheinterrasse“.

„Uns hätte nichts Besseres im Alter passieren können!“





7

Mobilität – Teilhabe am
gesellschaftlichen Leben

Mobilität – Teilhabe am gesellschaftlichen Leben



Im Wohnumfeld ...

Mobilität ist eine wichtige Voraussetzung, um am gesellschaftlichen Leben teilhaben zu können. Dies betrifft sowohl die kleinräumige Mobilität innerhalb des Ortes bzw. des Quartiers als auch die großräumige Mobilität über die engeren Grenzen des Wohnumfeldes hinaus. Kleinräumige Distanzen lassen sich üblicherweise **zu Fuß** oder **mit dem Fahrrad** überwinden. Älteren (und nicht nur ihnen) können sich dabei eine Reihe von Hindernissen in den Weg stellen:

- Bordsteine sind nicht abgesenkt, sodass die Überquerung einer Straße mit Gehhilfe oder Rollstuhl ohne Hilfe Dritter schwierig ist.
- Enge Fußwege oder fehlende Radwege können subjektiv als unsicher wahrgenommen werden.
- Vielfach geflickte Wege können uneben und damit unfallträchtig sein.

- Kurze Ampelphasen für Fußgänger führen zu Nervosität und Unsicherheit.
- Schlecht beleuchtete Wege werden vor allem in den Abendstunden als gefährlich wahrgenommen.

Daher kommt es darauf an, mit den Älteren selbst Konzepte für bessere Wegeverbindungen zu entwickeln und ein Programm zur Verbesserung der Mobilität im Alter in Angriff zu nehmen. Dieses Programm würde auch anderen gesellschaftlichen Gruppen wie jungen Familien, Kindern, Frauen oder Menschen mit Behinderungen zugutekommen.

Demgegenüber kann die Kommune die Topografie ihrer Bebauung nicht beeinflussen. Diese hat sich meist über viele Jahrzehnte entwickelt. Gefäll-/Steigungsstrecken beeinträchtigen die Mobilität beträchtlich, vor allem wenn Einkäufe zu tragen sind. Hier sollten andere Hilfestellungen, zum Beispiel Bringdienste, in Betracht gezogen werden.

... und darüber hinaus

Sobald das engere Wohnumfeld verlassen wird, sind **andere Mobilitätskonzepte** erforderlich. Je nach körperlicher Verfassung werden viele Ältere auch einen größeren Radius noch mit dem Fahrrad abdecken können. Ansonsten kommen der individuelle oder der öffentliche Verkehr zum Einsatz. Solange der eigene PKW genutzt werden kann, existiert subjektiv betrachtet kein Mobilitätshemmnis, da alle Punkte im Raum mit dem eigenen Fahrzeug erreicht werden können. Gewisse Einschränkungen ergeben sich lediglich dann, wenn bei bestimmten Witterungsbedingungen oder bei Dunkelheit das Autofahren als Belastung empfunden wird.

Sofern ein eigener PKW nicht vorhanden ist oder aufgrund gesundheitlicher Beeinträchtigungen nicht (mehr) genutzt werden kann, sind die Menschen darauf angewiesen, andere Verkehrsmittel (mit)nutzen zu können. Eine Möglichkeit ist die direkte Nachbarschaftshilfe, indem im Quartier **Fahrdienste** für diejenigen Menschen organisiert werden, die in ihrer Mobilität eingeschränkt sind. Das setzt ehrenamtliches Engagement und eine gewisse Organisation voraus. Soweit sich dies nicht unmittelbar realisieren lässt, besteht die Möglichkeit, entsprechende Angebote über eine Ehrenamtsbörse zu organisieren. Allerdings gilt auch hier, dass zwischen den Älteren und helfenden Ehrenamtlichen ein Vertrauensverhältnis bestehen bzw. aufgebaut werden muss. Zudem sind dann versicherungs- und haftungsrechtliche Fragen zu klären.

Kommt es zu keinen individuellen Lösungen, so ist der **ÖPNV** gefragt. Dabei ergibt sich ein deutlicher Unterschied zwischen städtischen und ländlichen Räumen. Während in der (Groß-)Stadt ein relativ dichtes Netz an ÖPNV-Verbindungen auch in Randzeiten besteht, gilt dies im ländlichen Raum zeitlich und räumlich nur sehr eingeschränkt. Vielfach ist der ÖPNV in Deutschland im ländlichen Raum an den Schülerverkehr gebunden. Das hat vor allem finanzielle Gründe, da der Schüler- (und Ausbildungs-)Verkehr recht hoch bezuschusst wird. Mit dem Rückgang der Schülerzahlen ist aller-

dings zu vermuten, dass Schulstandorte konzentriert werden und damit bislang befahrene Strecken entfallen. Das würde das ohnehin geringe Fahrtenangebot weiter ausdünnen.

Die Verständlichkeit von Fahrgastinformationen – ein Problem für Ältere?

Die Nutzerfreundlichkeit im ÖPNV lässt sich oft mit geringen Mitteln erhöhen. Hierzu zählen zunächst sichere und geschützte Haltestellen. Darüber hinaus erweist sich die Lesbarkeit (Schriftgröße!) und Verständlichkeit von Fahrplänen als ein Problem. Schließlich kann auch das Tarifsystem für jene, die den ÖPNV nicht regelmäßig nutzen, zunächst schwer zu durchschauen sein. Daher ist es wichtig, dass sich Fahrgäste z. B. beim Fahrpersonal informieren können. An zentralen Haltestellen arbeiten einige Verkehrsunternehmen zusätzlich auch mit „Fahrgastlotsen“.

Eine Verbesserung des ÖPNV im ländlichen Bereich kostet Geld. Dies müssten die Kreise als zuständige Gebietskörperschaften aufbringen. Da sich die Kreise aber im Wesentlichen über die Kreisumlage ihrer Gemeinden refinanzieren, würden die Mehrkosten letztlich auf deren Haushalt durchschlagen. Ohne zusätzliche Mittel des Bundes oder der Länder ist daher ein



Ausbau des ÖPNV in der Fläche kaum zu erwarten. Dass es bei höherem Mittelaufwand möglich ist, zeigt zum Beispiel das **Landbussystem in Österreich**. Hier fahren die Busse im (relativ) dichten Takt, oft auch bis in die Abendstunden. Damit ist die Mobilität – übrigens nicht nur Älterer – durchaus zufriedenstellend gewährleistet.

„Selbstbestimmtes Leben darf weder eine Frage des Alters noch des Lebensmittelpunktes sein.

Voraussetzungen für Eigenaktivitäten sind Information, Bildung, Versorgungs- und Unterhaltungsangebote und Mobilität, egal ob in der Fläche oder in der Stadt. Die sozialpolitische Verantwortung des Staates und der Kommunen für das selbstbestimmte Leben im Alter steht mit der Eigenverantwortung der Menschen in einer Wechselwirkung: Angebote und Voraussetzungen müssen vorhanden sein und genutzt werden. Zugang zu wichtigen Einrichtungen und gesellschaftliche Teilhabe sowie persönlicher Kontakt und Austausch mit den Mitmenschen setzen voraus, dass die Menschen sich möglichst frei, sicher und autark in ihrer Umgebung bewegen können. Dafür ist ein altengerechtes und unkompliziert nutzbares ÖPNV-Grundangebot auch in Schrumpfungregionen vorzuhalten. Das ist Kern der Daseinsvorsorge. Es müssen angepasste Mobilitätsangebote mit entsprechender Finanzierungsstruktur für diese spezifische Zielgruppe entwickelt werden.“

Quelle: Verband Deutscher Verkehrsunternehmen, Mobil bleiben in der Fläche: Für einen integrierten ÖPNV, Positionspapier Juni 2013, S. 6

Über den klassischen ÖPNV hinaus

Inzwischen hat sich auch in Deutschland vielerorts ein ergänzendes ÖPNV-System etabliert, das allerdings auf ehrenamtlicher Basis funktioniert. Sogenannte **Bürgerbusse** verkehren in zahlreichen Städten und Gemeinden. Hierbei handelt es sich um Kleinbusse mit bis zu acht Fahrgastsitzen. Sie haben den Vorteil, dass sie

einerseits wendig, also auch in engen Ortslagen einsetzbar sind, andererseits setzen sie keinen Busführerschein voraus. Allerdings benötigt der Fahrer einen Personenbeförderungsschein. Bürgerbusse sind in aller Regel nicht eigenwirtschaftlich, das heißt nicht durch Fahrgastentgelte allein zu finanzieren. Insoweit stellt sich die Frage nach einer Drittfinanzierung, zum Beispiel durch Sponsoring. Darüber hinaus bestehende Deckungslücken müssen von der Kommune ausgeglichen werden. Dabei handelt es sich um eine freiwillige Leistung, die bei unausgeglichem Haushalt stets dem Konsolidierungszwang unterliegt.

„Die Stadt Volkach hat zusammen mit dem Landkreis Kitzingen (Unterfranken) im Freistaat Bayern das Projekt ‚Bürgerbus‘ ins Leben gerufen. Ziel ist es, mit dem Bürgerbus Gelegenheit zu geben, die Geschäfte des Alltags in der Kleinstadt Volkach erledigen zu können. ...

Der Bürgerbus fährt auf zwei Linien 96 km Fahrstrecke und verkehrt an vier Tagen die Woche nach einem festgelegten Fahrplan. Der Fahrplan ist durch die Genehmigungsbehörde genehmigt. Für die Investitions- und vor allem Unterhaltskosten stehen vier Einnahmequellen zur Verfügung. Das Projekt ‚Bürgerbus‘ ist in erster Linie werbefinanziert ... Auch die Fahrgäste des Bürgerbusses tragen einen Teil zum Unterhalt bei. Für die einfache Fahrt werden derzeit 1,70 Euro und für die Hin- und Rückfahrt 2,80 Euro erhoben. Damit bewegt sich die Stadt Volkach auf dem Tarifniveau des Öffentlichen Personennahverkehrs ... im Verkehrsverbund Mainfranken ... Darüber hinaus bezuschusst der Landkreis Kitzingen jährlich jeden gefahrenen Fahrplankilometer mit 0,60 Euro. Letztlich wird der Bürgerbus regelmäßig auch vermietet.

Die Fahrer sind engagierte Bewohner der Verwaltungsgemeinschaft und der Stadt Volkach, die in ihrer Freizeit den Bürgerbus fahren.“

Quelle: Bürgerbus auf der Grundlage bürgerschaftlichen Engagements, Gemeinden mit Aussicht, DStGB-Dokumentation Nr. 132, 6/2015, S. 17

Der Bürgerbus ist damit eine Alternative zu sehr flexiblen Angebotsformen wie dem **Anruf-Sammel-Taxi** oder dem **Rufbus**. Hierbei wird zwar den individuellen Mobilitätsbedürfnissen Rechnung getragen; das allerdings setzt die Verfügbarkeit entsprechend flexibler Fahrzeuge, insbesondere von Taxis, voraus. Umgekehrt „lebt“ der Bürgerbus vom dauerhaften Engagement ehrenamtlicher Fahrerinnen und Fahrer.

Eine andere Lösung stellt der **Kombi-Bus** dar. Dabei wird die Kapazität des Busses nicht nur für den Perso-

nen-, sondern auch für den Warentransport genutzt. Diese Kombination hat es früher mit dem Postbus gegeben – in anderen Ländern ist sie auch heute noch in Gebrauch. Gerade in schwachen Verkehrszeiten, das heißt vornehmlich außerhalb des Schülerverkehrs, kommt der Frachttransport in Betracht. Damit wird zum einen die Versorgung der Menschen und Gewerbetreibenden entlang der Linienführung gestärkt. Mit den dadurch erzielten Einnahmen lässt sich zum anderen die Wirtschaftlichkeit des ÖPNV erhöhen. Die Maßnahme geht mithin weit über die Aufrechterhaltung eines Mobilitätsangebotes für ältere Menschen hinaus. Der fachübergreifende Stellenwert einer Politik für ältere Menschen wird hier besonders sichtbar.

Folgende Aspekte spielen beim Betrieb eines Bürgerbusses eine Rolle:

- Im Regelfall initiiert eine Stadt oder Gemeinde das Bürgerbusangebot und übernimmt die Kosten.
- Ein funktionierender Bürgerbusbetrieb fordert Bürger, die sich als Fahrer und für die sonstigen Vereinsaufgaben engagieren.
- Üblicherweise wird der Bürgerbus von einem örtlichen Verkehrsunternehmen betrieben. Über dieses wird die Erfüllung der im PBefG gestellten Anforderungen an die Personenbeförderung gewährleistet. Meist ist das Verkehrsunternehmen auch Eigentümer des Fahrzeugs und übernimmt auch dessen Wartung.
- Die Potenziale zur Kostenreduktion bestehen bei Bürgerbusangeboten darin, dass keine Lohnkosten für Fahrer und sonstiges Personal anfallen. ... Durch bürgerschaftliches Engagement ist es damit möglich, Mobilitätsbedürfnisse in Regionen zu befriedigen, in denen weder der Betrieb von konventionellem Linienverkehr noch von flexiblen Bedienungsformen aufrechterhalten werden kann.
- Ein Bürgerbus kann insbesondere auch dann zum Einsatz kommen, wenn in einer Region die für flexible Bedienungsformen erforderliche Taxeninfrastruktur fehlt.

Quelle: Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Handbuch zur Planung flexibler Bedienungsformen im ÖPNV, Bonn 2009, S. 103f.

„Der Bus als Lieferwagen, der Busfahrer als Allround-Dienstleister: So könnte öffentlicher Verkehr in ländlichen Räumen zukünftig flächendeckend aussehen. Denn wie bei jeder Infrastruktur steigen auch bei Bus und Bahn mit rückläufigen Fahrgastzahlen die Pro-Kopf-Kosten. Gleichzeitig zwingt die drastische Kürzung öffentlicher Zuschüsse die Busunternehmen zu massiven Einsparungen. Statt aber bei Linien und Verbindungen den ‚Rasenmäher‘ anzusetzen, könnten die Verkehrsbetriebe auch die vorhandenen Kapazitäten für zusätzliche Leistungen nutzen. Die Uckermärkische Verkehrsgesellschaft im gleichnamigen nordöstlichen Landkreis des Landes Brandenburg führt seit September 2012 regelmäßig Frachttransporte in Omnibussen durch. Die Erhöhung der Auslastung soll langfristig helfen, das Fahrplanangebot zu stabilisieren ...

Über den rein technischen Vorgang hinaus fördert der kombiBUS deshalb auch die Regionalentwicklung. Kleinerzeuger können neue Absatzmärkte erschließen, Einkaufszentren neue Serviceleistungen entwickeln. Touristische Leistungsträger entwickeln ganze Produktreihen neu, z.B. Picknickkörbe mit regionalen Delikatessen oder das Vorratsmanagement in Ferienwohnungen.“

Quelle: Linienverkehr als Motor für Daseinsvorsorge und Regionalentwicklung, Gemeinden mit Aussicht, DStGB-Dokumentation Nr. 132, 6/2015, S.14f.

Schließlich sollte darauf geachtet werden, dass die Nutzung des ÖPNV bedienerfreundlich ausgestaltet ist. Ein Problem ist der Weg zwischen der Wohnung und der nächstgelegenen Haltestelle. Im Hinblick auf die Reisegeschwindigkeit wird üblicherweise ein größerer Abstand zwischen den Haltestellen gewählt. Zudem wird versucht, enge Ortskerne zu umgehen, so-

dass die innere Erschließung eines Ortes durch den ÖPNV leiden kann. Hier können Bürgerbusse, die nicht auf Geschwindigkeit, sondern Bequemlichkeit ausgerichtet sind, die Lücken füllen. Ein dichteres Netz von Zu- und Ausstiegsmöglichkeiten reduziert den Aufwand Älterer, um das Mobilitätsangebot zu nutzen.

Die Zukunft?: Mobilität in jedem Alter durch das selbstfahrende Auto





8

Versorgung – Wo finde ich ...?

Versorgung – Wo finde ich ...?

Wer mobil ist, der kennt das Problem nicht. Der Arztbesuch, der Behördengang, die Einlösung eines Rezeptes in der Apotheke, der tägliche Einkauf – alles wird (wenn nicht zu Fuß) mit dem Auto, im städtischen Bereich auch mit dem ÖPNV erledigt. Doch wenn die Angebote nicht am Ort sind und die individuelle Mobilität eingeschränkt ist, dann werden solche Besorgungen zur Herausforderung. Viele Orte haben keinen Bankschalter mehr, der letzte Lebensmittelladen hat vor einigen Jahren geschlossen, der Landarzt zählt schon selbst zu den Älteren und findet keinen Nachfolger. Gerade in ländlichen Kommunen sind solche Situationen bereits heute keineswegs selten. Verliert die Gemeinde darüber hinaus an Einwohnern, dann verschärft sich das Problem noch einmal.

Zunächst sollte sich die Kommune einen Überblick über den **Stand der Versorgung am Ort** verschaffen. Dazu gehören nicht nur feste Einrichtungen, sondern auch ehrenamtliche Netzwerke, die Versorgungslücken (teilweise) füllen. Danach lässt sich dann der konkrete Handlungsbedarf ableiten. Dabei sollte nicht nur die momentane Situation betrachtet werden; vielmehr gilt es auch, **absehbare Entwicklungen** („Wann geht der Arzt X in den Ruhestand, hat der Ladeninhaber Y einen Nachfolger?“) in den Blick zu nehmen, um frühzeitig aktiv werden zu können.

Statt e-government – Was kann die Kommune leisten?

Eine Lösung für fehlende Versorgungsangebote am Ort können natürlich Mobilitätsangebote [↔ Kapitel 7] sein, um das nächste Zentrum zu erreichen. Mangelt es jedoch daran, dann muss dafür Sorge getragen werden, dass die Versorgung zu den Menschen kommt – aber das ist leichter gesagt als getan. Denn die Kommune kann nur ihre eigenen Angebote gestalten; hier hat sie die Verpflichtung, allen Einwohnerinnen und

Einwohnern einen ungehinderten Zugang zu ermöglichen. Das gilt nicht nur für städtische Einrichtungen (z. B. Museum, VHS, Bücherei, Schwimmbad), die barrierefrei sein sollten, sondern auch für reine Verwaltungsdienste. Das sogenannte e-government, das eine Lösung bieten könnte, kommt für Ältere derzeit nur begrenzt in Frage. Oft scheitert es selbst bei entsprechender kommunaler Infrastruktur und entsprechenden individuellen Kenntnissen am Fehlen der digitalen Signatur.

Können oder wollen Ältere e-government-Angebote nicht nutzen, muss die Verwaltung eben zu ihnen kommen. Bei der sogenannten „aufsuchenden Verwaltung“ werden Verwaltungsdienstleistungen nicht in der Behörde sondern bei Privaten zu Hause – oder an dezentralen Sprechstellen – erbracht. Die mobile Verwaltung hat für die Kommune den Vorteil, dass auf kostspielige Verwaltungsaußenstellen verzichtet und dennoch eine dezentrale Verwaltung gewährleistet werden kann. Ein einfaches Hilfsmittel ist der **„Bürgerkoffer“**, der von der Bundesdruckerei vertrieben wird (Schaubild 17).

„Knapp über 9.000 Euro, die auf vier Jahre abgeschrieben werden, müssen für den Koffer, den Transportwagen und die technischen Geräte investiert werden. Mit den laufenden Kosten zusammen ist demnach mit etwa 6.800 Euro Gesamtkosten pro Jahr zu rechnen. Das Änderungsterminal und der Fingerprint werden von der Bundesdruckerei kostenlos zur Verfügung gestellt.“¹

Allerdings lassen sich über den „Bürgerkoffer“ nicht alle Verwaltungsleistungen abwickeln; insofern wäre es hilfreich, wenn der Funktionsumfang des „Koffers“ Schritt für Schritt erweitert werden könnte. Denn viele Verwaltungsgänge bedürfen der persönlichen Vorsprache, können also auch nicht von Nachbarn oder ehrenamtlichen Helfern übernommen werden.

¹ Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung: Dezentrale Betreuung in ländlichen Räumen, Berlin April 2012, S. 24

Schaubild 17: **Mobiler Bürgerservice**



Wenn der Bürger nicht zum Amt kommen kann, kommt das Amt zum Bürger.

Der Mobile Bürgerservice kommt nach telefonischer Absprache

- zu gehbehinderten, älteren und kranken Menschen nach Hause
- in Alten- und Pflegeheime
- in Seniorenwohnanlagen

Über den Mobilen Bürgerservice können Sie

- Ihren Wohnsitz an-, um- oder abmelden
- Ausweisdokumente beantragen
- eine Ausweisbefreiung beantragen
- Auskünfte aus dem Melderegister einholen
- Meldebescheinigung und Aufenthaltsbescheinigung ausstellen lassen
- ein Führungszeugnis beantragen
- einen Antrag auf Feststellung der Schwerbehinderteneigenschaft anfordern
- einen Antrag auf Wohngeld stellen

Vorteile für Sie

- Bürgernähe: wohnortnah oder zu Hause
- Zeitersparnis: keine Wege- und Wartezeiten
- Kostenersparnis: keine Fahrtkosten
- angenehme Atmosphäre: persönliche und individuelle Beratung außerhalb der Behörde

Quelle: Große Kreisstadt Limbach-Oberfrohna, Mobile Bürgerdienste, <http://www.limbach-oberfrohna.de/limbach/content/10/20120822144133.asp>

Mobiler Bank-Service

Schwieriger verhält es sich mit privaten Diensten. Ein typisches Beispiel ist der **Sparkassenbus**, der in einer Reihe von Regionen zum Einsatz kommt. Hier lassen sich die alltäglichen Bankgeschäfte abwickeln. Wenn individuelle Beratung – zum Beispiel bei der Kreditfinanzierung oder bei Geldanlagen – notwendig wird, gibt es auch hier, analog zur Kommunalverwaltung, mobile Lösungen. Angesichts des scharfen Wettbewerbs im Finanzsektor ist jedoch keineswegs gesichert, dass solche Angebote auf Dauer Bestand haben werden.

Wie steht es um Einkaufsmöglichkeiten?

Ein Manko in vielen Orten ist das Fehlen einer wohnungsnahen Einkaufsmöglichkeit. Gerade in ländlichen Gemeinden sind die Wege zum nächsten Supermarkt oder Discounter so weit, dass ein Einkauf zu Fuß für viele Ältere nicht in Betracht kommt. In der nachfolgenden Grafik sind hierzu Durchschnittswerte ab-

gebildet; die Entfernungen können im Einzelfall also deutlich größer sein (Schaubild 18).

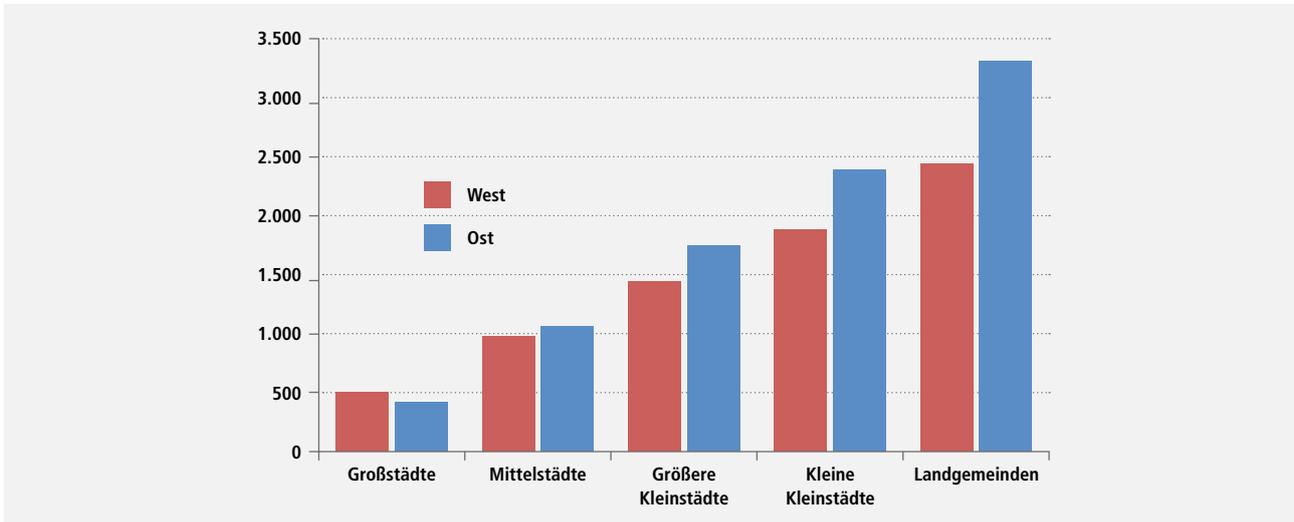
Zum einen haben inhabergeführte Einzelhandelsgeschäfte, unter anderem wegen fehlender Nachfolger, aufgegeben; zum anderen haben sich am **Ortsrand** – oftmals an der Umgehungsstraße – **Einkaufsmärkte** angesiedelt, die von vielen Älteren nicht oder nur mühsam erreicht werden können. Inzwischen bieten solche Märkte (und andere Anbieter) zwar auch die Möglichkeit der **Hauslieferung**, was für ältere Menschen zweifellos eine physische Erleichterung bedeutet. Allerdings müssen bei der Hauslieferung auch wesentliche Nachteile beachtet werden:

- Eine individuelle Auswahl, wie sie vor einem Regal geschieht, gibt es nicht. Die Besteller sind auf den Katalog (in der Regel im Internet) angewiesen;
- Soweit Bestellungen über das Netz abgewickelt werden, brauchen manche Ältere möglicherweise die Hilfestellung durch Nachbarn oder Ehrenamtliche.
- Der Einkauf erfolgt anonym, der Kontakt zu anderen Menschen fehlt. Das fördert die Vereinzelung.



Quelle: http://hallelife.de/tl_files/hallelife.de/newsimages/2012/05/15/img16_13370963260-600.jpg

Schaubild 18: **Entfernung zu Einkaufsmöglichkeiten**



Quelle: Laufende Raumbewertung des BBSR, Wer-zu-Wem-Verlag.

Eine andere Lösung sind **Sammeleinkaufsfahrten**, die in der Nachbarschaft, über eine Kirchengemeinde oder eine Selbsthilfegruppe organisiert werden. Eine Person übernimmt es, die Einkäufe für die älteren Menschen zu tätigen. Die Nachteile der geringen Auswahl und der fehlenden Kontakte gibt es allerdings auch hierbei. Hinzu kommt, dass der Zuverlässigkeit

der Helfer ein hohes Maß an **Vertrauen** entgegengebracht werden muss.

Am besten ist zweifellos, wenn es gelingt, die Nahversorgung wieder durch einen klassischen **Dorf-/Orts-teilladen** sicherzustellen. Hierzu einige Beispiele:

„In ... ist die Nahversorgung über Jahre fast vollständig zurückgegangen. Die Entwicklung im Lebensmittel-einzelhandel hat zum Rückzug der ortsnahen kleineren Lebensmitteleinzelhandelsgeschäfte geführt, während Discounter ihre Marktposition mit Standorten meist am Ortsrand ausbauen. Sie sind aber nur bedingt für nicht oder wenig mobile BürgerInnen erreichbar.“

Das DORV-Konzept (Dienstleistung und Ortsnahe Rundum Versorgung) schafft Angebote, wo sich herkömmliche Anbieter zurückgezogen haben. Das DORV-Zentrum in ... ist ein moderner Tante-Emma-Laden, der Nahversorgung, Dienstleistungen, sozial/medizinische Dienste, Kommunikation und Kultur im Ortszentrum in einem Ladenlokal bündelt.

Die Finanzierung erfolgte mit bürgerschaftlichem Engagement.“

Quelle: Gemeinden mit Aussicht, DStGB-Dokumentation 132, 6/2015, S. 11f. Weitere Informationen: <http://www.dorv.de/>



„Dorfladen Heilgersdorf: Die Bewohner des 450-Einwohner-Dorfes in Bayern eröffneten im Jahr 2008 gemeinsam einen Dorfladen. Insgesamt 100 Heilgersdorfer Einwohner beteiligten sich an der Finanzierung und gründeten zusammen die Dorfladen GmbH & Co KG. Eine ehemalige Bankfiliale wurde in Eigenleistung zum Ladengeschäft umgebaut. Neben dem normalen Betrieb als Einzelhandelsgeschäft gibt es im Dorfladen beispielweise eine Reinigungsannahme, einen Copyshop und einen Bankautomaten. Zudem hat sich das angeschlossene Café zum sozialen Treffpunkt des Dorfes entwickelt.“

Quelle: Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung, Dezentrale Betreuung in ländlichen Räumen, Berlin April 2012, S.28
Weitere Informationen: <http://heilgersdorf.dorfladen-franken.de/>

„Das Konzept „MarktTreff“ in Schleswig-Holstein: Das Land Schleswig-Holstein fördert in Gemeinden von 700 bis 1.900 Einwohnern mit dem MarktTreff-Konzept dezentrale Versorgungsangebote. Derzeit existieren bereits 29 MarktTreffs, zwölf weitere sind geplant. Jeder MarktTreff beruht auf drei Säulen: Er ist Lebensmittelladen, Dienstleistungszentrum und sozialer Treffpunkt. Dabei gibt es vier verschiedene große Modelle des MarktTreffs, welche die unterschiedlichen Umsatzpotenziale der Gemeinden berücksichtigen. So kann in einem MarktTreff der „Treffpunkt“ ein kleiner Begegnungsbereich sein, in einem anderen ist es ein Veranstaltungssaal. Ebenso variiert das Angebot an Dienstleistungen je nach Standort und kann von einem Mittagstisch über Versicherungsberatung bis hin zur Krankengymnastik reichen. Das Land Schleswig-Holstein fördert die MarktTreffs finanziell in ihrer Entstehungsphase. Das langfristige Bestehen hängt dann vom Engagement der Gemeinde und der Bürger und deren Nutzung ab.“

Quelle: Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung, Dezentrale Betreuung in ländlichen Räumen, Berlin April 2012, S. 28
Weitere Informationen: www.markttreff-sh.de

Gesundheit: Wo gibt es den nächsten Arzt / die nächste Apotheke?

Ähnlich schwierig ist die Versorgung mit Arztpraxen und Apotheken im ländlichen Bereich. Hier reicht das Engagement der Kommune oder des Ehrenamtes nicht aus. Entscheidend ist es, Ärzte und Apotheker dafür zu gewinnen, sich am Ort niederzulassen. Das dürfte für Apotheken (noch) schwieriger sein, da ihr Umsatz in der Regel von der Zahl der Ärzte am Ort abhängt. Gibt es nur einen (Haus-)Arzt dürfte die wirtschaftliche Basis für eine Apotheke zu gering sein. Hier kommen dann vor allem ehrenamtliche **Bringdienste** in Betracht.

Zudem „gibt es, im Gegensatz zu den Hausärzten, keine gesetzliche Beschränkung zur Niederlassung von Apothekern. Dies ist zwar eigentlich positiv zu bewerten, jedoch fehlt dadurch auch ein Druckmittel zur Ansiedlung von Apotheken in peripheren ländlichen Gebieten. ... Abschließend sei noch auf die wachsende Konkurrenz durch Billigapotheken/Discounter hingewiesen.“

Quelle: Isabella Haidl, Felix Heit, Marcus Kratschke, Simon Reichenwallner, Gesundheitsversorgung in der Fränkischen Schweiz, in: Institut für Entwicklungsforschung im Ländlichen Raum Ober- und Mittelfrankens e. V. (Hrsg.), Gesundheitsversorgung im Ländlichen Raum, Ansbach Februar 2013, S. 8, http://www.institut-laendliche-entwicklung.de/data/lfE_25_Gesundheitsversorgung_Einzelseiten.pdf

Viele Kommunen bemühen sich selbst um die Gewinnung von Ärzten für ihren Ort. Günstiger Wohnraum oder günstiges Bauland sind dabei wichtige Attraktivitätsmerkmale. Allerdings wird oft nicht berücksichtigt, dass diejenigen, die man für die Kommune gewinnen möchte, auch andere Aspekte der Infrastruktur (Schule für die Kinder, Erwerbsmöglichkeiten von Partnern usw.) in ihre Standortentscheidung einfließen lassen.

Ort sucht Arzt

„Die KV RLP bringt Orte, die einen Arzt oder einen Psychotherapeuten suchen, mit Ärzten und Psychotherapeuten zusammen, die sich für eine Niederlassung interessieren. Entdecken Sie als Niederlassungswilliger interessante Perspektiven und präsentieren Sie sich als Ort mit Ihren Angeboten.“

Quelle: <https://www.kv-rlp.de/institution/engagement/ort-sucht-arzt/>

In manchen Kommunen wird die Ansiedlung eines Allgemeinarztes, erst recht eines Facharztes aber nicht gelingen. Insofern sind zum einen **Fernbehandlungen** über das Netz zu überlegen, wie sie in Nordeuropa üblich sind. Sie setzen allerdings voraus, dass ältere Patienten im Bedarfsfall eine (ehrenamtliche) Assistenz haben, die Symptome schildern, Behandlungsschritte durchführen, Medikamente besorgen oder auch im Notfall den Transport zur nächstgelegenen Praxis übernehmen kann. Ein Problem hierbei liegt in der mangelhaften Breitbandversorgung in manchen Gegenden.

„TEL Lappi: In Lappland, im Norden Finnlands, ermöglicht das elektronische Kommunikationssystem „TEL Lappi“ die Informationsübertragung und Kommunikation zwischen kleinen dezentralen Gesundheitszentren und zentralen Krankenhäusern. Die Patienten werden in den lokalen Gesundheitszentren untersucht, die genaue Diagnose erfolgt dann beispielsweise anhand von Digitalfotos oder EKG-Werten im Zentralkrankenhaus. Dort entwickeln Fachärzte auch individuelle Therapieprogramme, die der vor Ort behandelnde Allgemeinmediziner dann umsetzt. Auch wenn das Konzept nicht für alle Behandlungen geeignet ist, kann es die ärztliche Versorgung in ländlichen Regionen verbessern – und das zu tragbaren Kosten. Durch „TEL Lappi“ können teure medizinische Geräte und spezialisierte Fachabteilungen überwiegend zentral vorgehalten werden und erreichen trotzdem die Bewohner ländlicher Regionen.“

Quelle: Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung, Dezentrale Betreuung in ländlichen Räumen, Berlin April 2012, S. 30

Nicht immer kommt eine Fernbehandlung in Frage, wenn die persönliche Untersuchung oder ein Eingriff durch einen Arzt erforderlich ist. Hinzu kommt, dass gerade Ältere den persönlichen Kontakt zu ihrem Arzt/ihrer Ärztin wünschen. In diesem Fall sind Angebote einer **temporären mobilen medizinischen Versorgung** interessant. Dabei kommen – wie bei anderen Dienstleistungen auch – Ärzte zu bestimmten Tagen in den Ort, um ihre Sprechstunden zum Beispiel bei den Patienten selbst durchzuführen. Dabei sind jedoch einige administrative Hürden zu überwinden, insbesondere die Residenzpflicht für Ärzte, die allerdings seit 2012 etwas gelockert worden ist.

„Mobile Zahnarztpraxis: In der Uckermark (im nordöstlichen Brandenburg) ist eine Zahnärztin mit einer mobilen Zahnarztpraxis unterwegs. In einem Umkreis von 30 Kilometern um ihren Wohnort Templin besucht sie vor allem ältere Patienten, die es nicht mehr in ihre Praxis schaffen. Angelehnt an mobile Zahnarzt-ausrüstungen, wie sie bei der Bundeswehr oder bei Entwicklungsorganisationen genutzt werden, hat die Zahnärztin geeignete medizinische Instrumente für die mobile Praxis entwickeln lassen. Da die Krankenkassen ihr eine Art Residenzpflicht vorschreiben, ist der Umfang ihrer Hausbesuche allerdings begrenzt.“

Weitere Informationen unter <http://www.eler.brandenburg.de/sixcms/detail.php/492304>

„Ärztegemeinschaftshaus Schladen: In Schladen, das in Niedersachsen an der Grenze zu Sachsen-Anhalt liegt, wurde im Jahr 2008 ein leer stehender Supermarkt in ein Ärztegemeinschaftshaus umgebaut. Die behandelnden Ärzte nutzen die Räumlichkeiten als Zweitpraxis neben ihren Hauptpraxen in Salzgitter und Wolfenbüttel. Derzeit arbeiten fünf Ärzte im Gemeinschaftshaus – zwei Allgemeinärzte und drei Spezialisten. Die Sprechstunden sind so aufeinander abgestimmt, dass möglichst immer ein Arzt vor Ort ist. Obwohl eine Gesetzesänderung im Jahr 2006 die Eröffnung von Zweitpraxen vereinfachte, galt es bei der Errichtung des Ärztegemeinschaftshauses Widerstände zu überwinden – insbesondere die kassenärztliche Vereinigung hatte Vorbehalte.“

Weitere Informationen unter: www.ägs.de

Quelle: Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung, Dezentrale Betreuung in ländlichen Räumen, Berlin April 2012, S.29f.



Quelle: http://www.bundesregierung.de/Content/DE/StatischeSeiten/Breg/Demografiestrategie/Bilder/mobile_zahnaerztin-2.jpg%3F__blob%3DbpaTopmeldung%26v%3D2

Ein wichtiger Teil der Versorgung vor Ort betrifft die **Pflege**. Zwar wird sie vielfach noch im Familienverbund geleistet, ob das aber für künftige Senioren-generationen noch gilt, bleibt fraglich. Soweit Familienangehörige die Pflege nicht übernehmen (können), kommen mobile Pflegedienste in Betracht. Die Kom-

mune sollte sich daher informieren, welche Pflegedienste in der näheren Umgebung vorhanden sind und Pflegebedürftige bzw. Pflegenden entsprechend informieren. Eine wichtige Koordinationsaufgabe übernehmen dabei die in ganz Deutschland eingerichteten **Pflegestützpunkte**.

„Pflegestützpunkte werden von den Kranken- und Pflegekassen auf Initiative eines Bundeslandes eingerichtet und bieten Hilfesuchenden Beratung und Unterstützung. Wenn Sie selbst pflegebedürftig sind oder pflegebedürftige Angehörige haben, erhalten Sie im Pflegestützpunkt alle wichtigen Informationen, Antragsformulare und konkrete Hilfestellungen. In den Pflegestützpunkten finden Sie auch die Pflegeberaterinnen und -berater der Pflegekassen.

Wenn Sie etwa eine Wohnung altengerecht umbauen möchten, informieren Sie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Pflegestützpunkte über mögliche Zuschüsse der Pflegekasse. Wenn Sie ein geeignetes Pflegeheim suchen, hat das Beratungspersonal den Überblick und kann helfen. Und wenn Sie mehr wissen möchten über die ehrenamtlichen Angebote in Ihrer Kommune, kann auch hierzu geholfen werden. Im Pflegestützpunkt soll auf Wunsch des Einzelnen das gesamte Leistungsspektrum für Pflegebedürftige koordiniert werden. Pflegestützpunkte können pflegenden Angehörigen deshalb auch bei der Vorbereitung und Organisation rund um die Pflege Unterstützung bieten. Sie ermöglichen eine effiziente Vernetzung aller Angebote für Pflegebedürftige vor Ort sowie in der Region und sollen darüber hinaus helfen, Grenzen zwischen den Sozialleistungsträgern zu überwinden.“

Quelle: Bundesministerium für Gesundheit, <http://www.bmg.bund.de/themen/pflege/pflegeberatung/pflegestuetzpunkte.html>





9

Gesundheit – Auch im Alter
fit sein und bleiben

Gesundheit – Auch im Alter fit sein und bleiben

Physisch ...

„Fit im Alter: Seniorensport in Brandenburg boomt

Viele Märker halten sich auch im Alter fit. Der Seniorensport in Brandenburg boomt. Mehr als 92.000 der Vereinsmitglieder im Land sind über 50 Jahre alt. Das ist ein Drittel aller Mitglieder. In der Altersklasse 60 plus hat sich die Zahl der Aktiven innerhalb von zehn Jahren fast verdoppelt.

Potsdam. Von wegen alt und gebrechlich: Brandenburger Senioren treiben für ihr Leben gern Sport. In den Altersklassen über 50 Jahre sind im ganzen Land rund 92.000 Menschen in Sportvereinen angemeldet. Das ist ein Drittel aller märkischen Vereinsmitglieder. Während die Sportler früher vor allem in Fußballvereine eintraten, ist ihr Interessenspektrum heute wesentlich breiter. In den 95 Sportarten, die im Landessportbund Brandenburg (LSB) angeboten werden, sind überall auch Senioren mit dabei.

Die Gründe für diese Entwicklung liegen auf der Hand: „Der demografische Faktor spielt eine wesentliche Rolle“, erklärt Stefan Winzig vom Kreissportbund Dahme-Spreewald. „Die Menschen werden immer älter und wollen auch im Alter fit bleiben.“ Aber auch die Geselligkeit spielt eine Rolle. „Die Senioren fühlen sich viel besser, wenn sie sich bewegen, legen aber auch Wert auf die soziale Interaktion“, sagt Karin Marquardt, LSB-Breitensportreferentin.

Während die jüngeren Leute die ländlichen Regionen verlassen, bleiben die Senioren zurück und bilden das Vereinsfundament. So hat sich die Zahl der sporttreibenden Senioren in der Altersklasse 60 plus stetig erhöht. Vor zehn Jahren waren es noch rund 28.000, heute sind es allein in dieser Klasse mehr als 52.000 Sportler. Die Zahl derjenigen, die individuell – also ohne Vereinsmitgliedschaft – ihrem sportlichen Hobby frönen, dürfte noch weit höher liegen.

Den Trend der älteren Generation zu mehr Fitness bekommen neben den Sportvereinen auch die Fitnessstudios im Land zu spüren. Die vor einigen Jahren noch verschmähten „Trimm-dich-Stuben“ haben ihr Image aufpoliert und bieten nun auch vermehrt altersgerechte Kurse an.“

Quelle: Märkische Allgemeine vom 9.8.2013



Dieser Trend findet sich überall in Deutschland. Nach Angaben des Deutschen Olympischen Sportbundes (DOSB) hat sich die Zahl der **Vereinsmitglieder über 60 Jahren** in nur einem Jahrzehnt von 2000 bis 2010 um fast 50 Prozent erhöht. Dabei sind es vor allem ältere Frauen, die vermehrt Sportangebote in Anspruch nehmen. Ihre Zahl ist nahezu doppelt so rasch gestiegen wie diejenige der männlichen Senioren. Die Entwicklung kann nicht allein auf die veränderten Altersstrukturen in der Gesellschaft zurückgeführt werden. Denn so rasch ist die Gesellschaft nicht gealtert. Der DOSB sieht vielmehr zwei wichtige Faktoren, die zu diesem rasanten Anstieg geführt haben:

- Die Ausweitung seniorengerechter Angebote durch die Sportvereine
- Ein ganz anderes Bewusstsein zu Sport und Fitness in den nachwachsenden Seniorengenerationen.

Sport ist also nicht mehr jung, sondern generationenübergreifend. So formuliert die Enquete-Kommission „Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern“ als Handlungsfelder

- die „Einstellung auf eine vermehrte Nachfrage im Feld ‚Sport der Älteren‘ [und]
- den Gesundheitsaspekt von Sport noch stärker in den Mittelpunkt rücken.“

Quelle: Landtag Mecklenburg-Vorpommern, Enquete-Kommission ‚Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern‘, Kommissionsdrucksache 6/8 neu vom 11.12.2012, S. 35

Auf diese Herausforderungen müssen in erster Linie die **Vereine**, zum Teil auch die Volkshochschulen reagieren – und das tun sie auch. Aber auch die Kommune hat eine wesentliche Rolle zu erfüllen. Sie stellt **Sportflächen und Sportstätten** zur Verfügung, die von den Vereinen, gegebenenfalls auch von anderen Sportgruppen genutzt werden können. Ein Teil der Sportstätten ist einer Schule zugeordnet, muss also die Kriterien für den Schulsport erfüllen. Die Vereinsnutzung außerhalb der Schulzeiten muss sich daran ausrichten. Andere Sportstätten sind vielfach auf den Wettkampfsport ausgerichtet und haben dementspre-

chende Vorgaben der Sportfachverbände (Fußball, Handball, Hockey, Basketball, Volleyball ...) zu berücksichtigen. Für den Seniorensport bedarf es aber oft nicht dieser Normen, deren Erfüllung im Übrigen ziemlich kostenintensiv ist. All dies zu berücksichtigen ist Aufgabe einer kommunalen Sportentwicklungsplanung, an der es aber in vielen Kommunen fehlt.

Hinzu kommt die **finanzielle Not vieler Kommunen**, die es ihnen oft nicht einmal erlaubt, die vorhandenen Sportstätten ordentlich zu unterhalten. Daher ist Kreativität erforderlich, wenn Sportstätten für den Seniorensport (hinzu)gewonnen werden sollen. Eine Möglichkeit ist die Nutzung von anderen Räumlichkeiten, die für Bewegungs- oder Gymnastikangebote in Frage kommen können. Hierzu zählen zum Beispiel Bürger- oder Dorfgemeinschaftshäuser. Das Land Rheinland-Pfalz beispielsweise eröffnet gerade diese Möglichkeit, ohne dass die Fördermittel für diese Begegnungsstätten, die ja formal jetzt „zweckentfremdet“ würden, zurückzuzahlen sind.

Ein besonderes Problem sind die **Fußballplätze**, denn Kunstrasenanlagen, die mittlerweile fast überall den Hartplatz abgelöst haben, müssen circa alle zwölf Jahre erneuert werden. Gleichzeitig geht aber gerade im ländlichen Raum die Zahl der gemeldeten Mannschaften zurück, sodass die Nutzung der Plätze abnimmt. Das hat Kommunen und Vereine zu der Überlegung veranlasst, die Plätze zu multifunktionalen Bewegungsflächen umzuwidmen.



„Wir vom Turn- und Sportverein Sörgenloch verfügten über einen alten, ausgedienten Fußballplatz (Ascheplatz), der seit mehreren Jahren ungenutzt brachlag. Einen neuen Sportplatz zu errichten, hielten wir für widersinnig und unverantwortlich. Sinkende Kinderzahlen in unserem Dorf machten einen regulären Fußballspielbetrieb unmöglich. Selbst eine Spielgemeinschaft mit dem Nachbarort hatte keinen langfristigen positiven Effekt gebracht. Und auch im Erwachsenenbereich nahm die Zahl derer, die auf Torejagd gehen wollten, seit Jahren spürbar ab. Die enormen Kosten für einen modernen Natur- oder Kunstrasenplatz hätten somit in keinem Verhältnis zu dem erwartbaren Nutzen gestanden.“

Unsere Idee war es, einen Ort zu schaffen, an dem sich nicht nur Fußballspieler, sondern bewegungsfreudige Menschen aller Generationen treffen können, um sich in vielfältiger Weise sportlich zu betätigen. So entstand unser Mehrgenerationenplatz mit verschiedenen Elementen: eine großzügige Naturrasenfläche, eine asphaltierte Fläche zum Skaten, Hockeyspielen usw., eine Bouleanlage, eine Buckelpiste für BMX-Fahrer, eine Rundlaufbahn mit integrierter Sprunggrube, ein Beachvolleyball-Feld und eine Veranstaltungsfläche zum Feiern von Festen. Der Platz soll in den kommenden Jahren noch weiter ausgebaut werden. Im Sommer werden wir ihn mit einigen Outdoor-Fitnessgeräten versehen.“

Quelle: <http://www.caritas.de/magazin/kampagne/stadt-land-zukunft/loesung/ein-sportplatz-fuer-alle-der-mehrgenerat>

Generationenpark Schmidtheim

„Träger der Anlage ist die Gemeinde Dahlem, die Interessengemeinschaft (IG) Schmidtheim realisiert das Projekt mit zahlreichen Helfern. Die Ursprungsidee befasste sich mit einem ganz normalen Spielplatz, doch schnell kristallisierte sich heraus, dass hier mehr entstehen sollte. Die Anlage sollte von allen Generationen genutzt werden können und zentrale Dorffunktionen übernehmen. Sie sollte nicht nur gestalterisch zur Attraktivität des Dorfes beitragen, sondern auch ein ansprechendes Angebot zur Kinderbetreuung und -beschäftigung für junge Familien werden. Während Oma und Opa den Barfußpfad begehen, im Bachlauf Wasser treten, spielt das Enkelkind in der Matschkuhle, im Sandkasten oder vergnügt sich gut behütet in der Nestschaukel. Auf dem 5.000 Quadratmeter großen Gelände entsteht ein Park mit Wellness-Charakter: Kneipp- und Barfußfelder, Balancierbalken gehören ebenso zum Angebot wie Schaukeln, Rutsche und Seilbahn. Eine Boulebahn, ein Irrgarten, Waldbühne und Pavillon laden zum gemütlichen Verweilen ein. Ein besiedeltes Insektenhotel, ein Eifeler Bauerngarten sowie Streuobstwiesen geben spannende, ökologische Einblicke. Das besondere am Eifeler Barfußpfad und Generationenpark-Projekt ist aber, dass die komplette Anlage ausschließlich von ehrenamtlichen Helfern aus der Schmidtheimer Bevölkerung errichtet wird.“

Quelle: <http://www.caritas.de/magazin/kampagne/stadt-land-zukunft/loesung/ein-sportplatz-fuer-alle-der-mehrgenerat>

Damit können nicht nur neue Bewegungsflächen gewonnen werden; vielmehr wird der Gedanke eines **generationenübergreifenden Begegnungszentrums** verwirklicht. Dies wird mit dem Generationenpark in Schmidtheim vielleicht noch deutlicher. Hier darf allerdings nicht übersehen werden, dass diese Anlage gerade nicht auf die Vereinsnutzung gerichtet ist, sondern für Jedermann zur Verfügung steht.

Generationenübergreifende Angebote sind jedoch **nicht immer konfliktfrei**. Denn jede Bevölkerungsgruppe hat andere Ansprüche an die Nutzung von Sportanlagen. Eine wichtige Aufgabe für die Betreiber (oft die Kommune selbst) ist es, diese Ansprüche zu kennen und aufeinander abzustimmen. Ein typisches Beispiel sind Schwimmbäder:

Konfliktfeld Schwimmbad

Gerade Ältere nutzen das Schwimmbad, um sich beweglich zu halten. Ein Schwimmbad am Ort kann daher auch als eine Form der Gesundheitsvorsorge angesehen werden. Allerdings gibt es auch andere Nutzergruppen wie die Sportswimmer oder Kinder und Jugendliche. Ihre Ansprüche an das Badevergnügen unterscheiden sich von den Vorstellungen Älterer durchaus nicht unerheblich. Das bedeutet einerseits gegenseitige Rücksichtnahme und Verständnis. Andererseits kann die Kommune als Betreiberin eines Schwimmbades auch für eine gewisse Trennung von Bereichen sorgen, indem z. B. einige Bahnen für sportliche Schwimmer reserviert sind.



Ein Problem ist die öffentliche Förderung. Kommunale Zuschüsse an Vereine sind bisher überwiegend auf die Jugendarbeit und die Teilnahme an regionalen/bundesweiten Meisterschaften ausgerichtet. Hier stellt sich die Frage, ob und in welcher Form die Zuschüsse noch nach diesen Kriterien erfolgen sollen. Die Förderung von Sportstätten, sei es durch die Kommune (für vereinseigene Anlagen), sei es durch das Land (für

kommunale Anlagen) sollte flexibler werden und ein breites Angebot an Sport- und Bewegungsmöglichkeiten in den Einrichtungen ermöglichen.

... und geistig: Weiterbildung – ein Renner unter Senioren

Sich geistig fit zu halten, zählt zu den wichtigen Maximen vieler älterer Menschen. So steigt seit vielen Jahren die Zahl derjenigen aus der Generation 65+, die sich als **Gasthörer an den Universitäten** einschreiben.

„33.600 Gasthörerinnen und Gasthörer besuchten im Wintersemester 2014/2015 Lehrveranstaltungen an deutschen Hochschulen. Davon waren 14.200 Gaststudierende 65 Jahre alt und älter. Während die Gesamtzahl der Gasthörerinnen und Gasthörer in den letzten zehn Jahren ... gesunken ist, stieg die Zahl der Seniorinnen und Senioren um 20 %. Dadurch erhöhte sich im Vergleich zum Wintersemester 2004/2005 der Anteil der Generation 65+ an allen Gaststudierenden von 31 % auf 42 %. ... Mit 2.700 Gasthörerinnen und Gasthörern war Geschichte das beliebteste Studienfach, gefolgt von Philosophie (1.000).“

Quelle: Statistisches Bundesamt, Die Generation 65+ in Deutschland, Juli 2015, S. 23





Quelle: <http://www.fernstudieren.de/wp-content/uploads/seniorenstudium-ratgeber-large-779x1024.jpg>

Sind die Universitäten staatliche Einrichtungen, auf deren Angebote die Kommunen keinen Einfluss haben, so werden die **Volkshochschulen** von den Kommunen betrieben. Sie können sich in Trägerschaft einer Stadt, eines Landkreises oder auch eines Zweckverbandes befinden. Die Angebote der Volkshochschulen zur Seniorenbildung finden bei der älteren Bevölkerung großen und wachsenden Zulauf. Sie sollten daher regelmäßig überprüft und gegebenenfalls erweitert werden. Das kann zum Beispiel in Zusammenarbeit mit dem Seniorenbeirat und dem Seniorenbüro, aber auch mit anderen Organisationen geschehen. Auch Seniorenakademien in freier Trägerschaft, die es in einer Reihe von Kommunen bereits gibt, haben vielfältige Bildungsangebote und tragen somit zur Beteiligung von Senioren am gesellschaftlichen Leben bei.

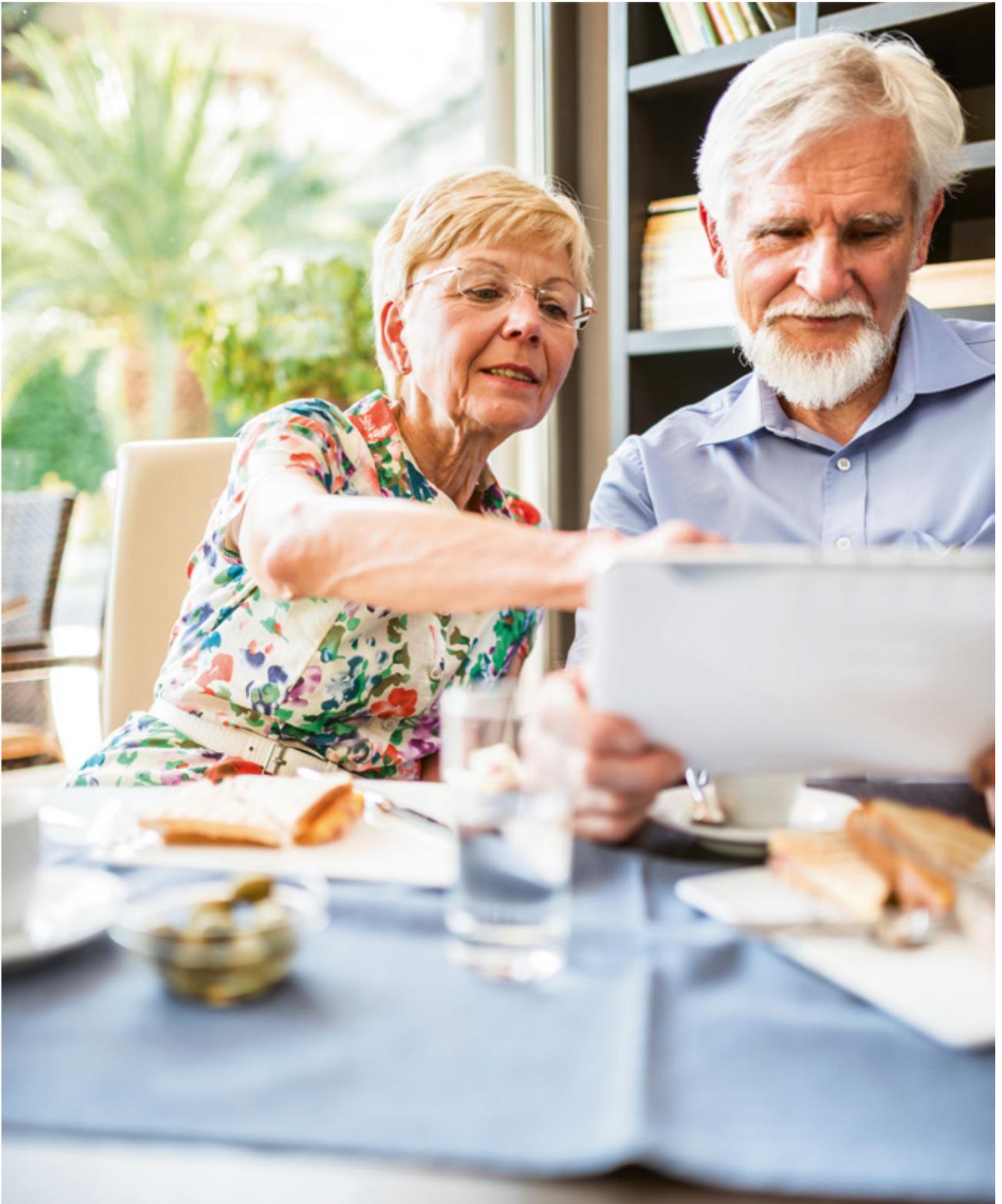
„Besonders beliebt sind bei älteren Menschen VHS-Angebote zu den Themenbereichen Gesundheit (259.000 Belegungen), Sprachen (197.000 Belegungen) und Kultur/Gestalten (106.000 Belegungen).“

Quelle: Statistisches Bundesamt, Die Generation 65+ in Deutschland, Juli 2015, S. 23



10

Handlungsempfehlungen –
Politik für ein selbstbestimmtes
Leben im Alter



Handlungsempfehlungen – Politik für ein selbstbestimmtes Leben im Alter

Abschließend können die vorangegangenen Ausführungen in einige Handlungsempfehlungen für die Kommunalpolitik zusammengefasst werden:

- Ausgangspunkt ist eine **Analyse** der Situation vor Ort. Darin sollten sowohl Strukturdaten als auch die für die ältere Bevölkerung relevante Infrastruktur erfasst werden. Sie sind in einen umfassenderen **Aktionsplan** zur Demografiestrategie der Kommune und im Hinblick auf die Entwicklungsziele einzu beziehen. Dabei ist es notwendig, die **Vielfalt** der Lebensformen und -situationen im Alter zu berücksichtigen. Dazu zählt nicht nur eine Differenzierung nach dem Lebensalter, sondern auch nach familiären, ökonomischen oder sozialen Aspekten. Auch die Dynamik, die sich daraus ergibt, dass stets neue Jahrgänge ins Seniorenalter kommen, sollte beachtet werden.
- Politik für ältere Menschen ist in der Kommunalverwaltung und -politik **ressortübergreifend** zu denken, da sie ganz verschiedene Handlungsfelder betrifft. Dies gilt auch für die große Zahl weiterer Akteure, die sich um Belange der Älteren kümmern. Insoweit ist innerhalb der Verwaltung die Schaffung einer koordinierenden Organisationseinheit sinnvoll. Zugleich sollten ältere Menschen aber auch **aktiv einbezogen** werden – sie sind oft die besten Sachwalter ihrer Bedürfnisse.
- Das Alter bietet zahlreiche Möglichkeiten für das **ehrenamtliche Engagement**, denn die Anforderungen des Berufs bestehen nicht mehr. Das Engagement kann sich einerseits auf den eigenen Familienkreis (Betreuung Enkelkinder, Pflege älterer Angehöriger) konzentrieren. Aber auch Aktivitäten in und für die Gesellschaft sind möglich. Zugleich ergeben sich für Jüngere vielfältige Chancen, ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger zu unterstützen. Hier kann die Kommune wichtige **Koordinations- und Mittlerfunktionen** erfüllen.
- Die eigene **Wohnung** ist ein entscheidender Punkt für ein selbstbestimmtes Leben im Alter. Das gilt nicht nur für eine barrierearme Zugänglichkeit und geeignete technische Hilfen; vielmehr ist auch das nähere Wohnumfeld zu betrachten. Sofern die Wohnverhältnisse für Ältere auf längere Sicht nicht geeignet sind, sollten entsprechende **Angebote** gefördert oder von der Kommune selbst, zum Beispiel über eine eigene Wohnungsgesellschaft, gemacht werden. Aber auch Selbstinitiativen zum gemeinschaftlichen Wohnen können von der Kommune unterstützt werden.
- Gerade im ländlichen Bereich ist **Mobilität** jenseits des Autos von entscheidender Bedeutung. Einkäufe oder Besuche bei Behörden und beim Arzt sind ebenso wie die Teilhabe am kulturellen Leben nur möglich, wenn es Mobilitätsangebote – öffentlich oder privat – gibt. Eine aktive **kommunale Mobilitätspolitik** ist nicht nur ein Programm zur Unterstützung Älterer, sie dient auch dazu, die Attraktivität eines Ortes/einer Region generell zu stärken.
- Auch die **Versorgungssituation** ist im ländlichen Raum ein Problem, denn vor Ort fehlt es oft an elementaren Angeboten. In begrenztem Umfang können mobile Dienste eine gewisse Lösung darstellen; die Kommune kann hier unterstützend und aktivierend tätig werden. Es ist anzunehmen, dass künftige Generationen Älterer verstärkt elektronische Möglichkeiten in Anspruch nehmen werden. Hier zeigt sich die Dynamik der demografischen Entwicklung ganz besonders deutlich.
- Ein selbstbestimmtes Leben im Alter setzt voraus, dass die Menschen so lange wie möglich **gesund** bleiben. Sport und Fitness sind daher heute auch für Senioren selbstverständlich. Darauf sollte die kommunale **Sportförderung** eingehen. Aber auch die geistige Beweglichkeit soll erhalten bleiben. Bildungsangebote für Ältere stellen daher einen wichtigen Baustein **kommunaler Bildungspolitik** dar.

Anhang

NÜTZLICHE INTERNETADRESSEN

Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen (BAGSO): www.bagso.de

Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenbüros (BaS): www.seniorenbueros.org

Bertelsmannstiftung – Wegweiser Kommune: www.wegweiser-kommune.de

Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung: www.bib-demografie.de

Berlin Institut für Bevölkerung und Entwicklung: Demografie: www.berlin-institut.org

Demografiestrategie der Bundesregierung:
http://www.bundesregierung.de/Webs/Breg/DE/Themen/Demografiestrategie/_node.html

Demografieportal des Bundes und der Länder: http://www.demografie-portal.de/DE/Home/home_node.html

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) – Veröffentlichungen zur Raumentwicklung in Deutschland:
http://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Raumentwicklung/RaumentwicklungDeutschland/Veroeffentlichungen/veroeffentlichungen_node.html

Deutsches Demografienetzwerk (ddn): www.demographie-netzwerk.de

Der Autor



Prof. Dr. Gunnar Schwarting war von 1992 bis 2014 Geschäftsführer des Städtetages Rheinland-Pfalz und ist seit 2001 Honorarprofessor an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften in Speyer. Zuvor war er unter anderem Beigeordneter und Stadtkämmerer der Stadt Frechen (Erftkreis). Schwarting hat zahlreiche Bücher und Aufsätze zu kommunalpolitischen Themen, insbesondere zu den Bereichen Haushalt und Finanzen, publiziert. Er ist Redaktionsleiter des von der KommunalAkademie der Friedrich-Ebert-Stiftung herausgegebenen „Grundwissen Kommunalpolitik“.

Texte der KommunalAkademie Band 8

www.fes-kommunalakademie.de

Der demografische Wandel ist Realität in unseren Kommunen. Dabei betrifft der wachsende Anteil älterer Menschen nahezu jede Kommune im Land. Dies ist eine große Herausforderung für die Kommunalpolitik und die kommunale Infrastruktur. Zugleich ist es aber auch eine gute Chance für neue Formen des Zusammenlebens vor Ort. Dabei sollte jeder Akteur bedenken, dass er eines Tages auch zur Gruppe der Älteren zählen wird. Die Auseinandersetzung mit Demografie ist in diesem Sinne auch eine Auseinandersetzung mit der eigenen Lebensperspektive.

In der Kommune fokussieren sich die Lebensbedingungen älterer Menschen, auch wenn die Kommune vielfach gar nicht selbst über einzelne Handlungsfelder bestimmt. Die Menschen erwarten jedoch, dass ich „ihre Kommune“ kümmert. An diesem Prozess sollten die Älteren allerdings auch durchaus selbst mitwirken und mitgestalten. Für die kommunalen Akteure gilt es dabei stets, die Vielschichtigkeit der Thematik und die Differenziertheit der Gruppe der Älteren im Blick zu behalten. Darüber hinaus darf die Dynamik nicht übersehen werden; denn die Älteren von übermorgen sind die Jungen von heute.

ISBN 978-3-95861-379-9